

Die Baugewerkschaft

Organ
des Zentral-Verbandes
christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60. Tel.: Amt Königstadt 4337.
(Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 47.

Berlin, den 24. November 1912.

13. Jahrgang.

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter.

Es war eine harte Zeit, als der Zentralverband christlicher Bauarbeiter ins Leben trat. Auf der einen Seite die immer mehr erstarkenden sozialdemokratischen Verbände, auf der andern die Schuklosigkeit gegenüber den Arbeitgebern. Es war niemand da, der sich um die christlich denkenden Bauarbeiter kümmerte. Entweder mußten sie sich den sozialdemokratischen Bauarbeiterverbänden anschließen, wollten sie sich gewerkschaftlich betätigen, oder sie mußten unorganisiert bleiben und damit auf den gewerkschaftlichen Schutz verzichten. Dieser letzte Zustand konnte auch nur für kürzere Zeit anhalten, da die sozialdemokratischen Verbände über kurz oder lang sie gezwungen hätten, ihnen beizutreten, wie das auch heute des öfteren der Fall ist. Und sie sind in der Wahl der Mittel zur Erreichung dieses Zielles gar nicht wählerisch.

Da es für einen gläubigen evangelischen oder katholischen Arbeiter jedoch nicht möglich ist, einer sozialdemokratischen Organisation anzugehören, war die Gründung besonderer Organisationen notwendig. Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften sind mit der Sozialdemokratie verbunden, sind mit ihr eins, vertreten den Standpunkt des Materialismus und des Klassenkampfes. Insbesondere bekämpfen sie das Christentum und beschimpfen dessen Diener. Politisch vertreten sie die arbeiterschädigende Haltung der Sozialdemokratie, verfechten die Alles- oder Nichts Politik, während sie gewerkschaftlich von Kompromiß zu Kompromiß schreiben müssen. Angesichts dieser Tatsachen mußte der vernünftig und christlich denkende Arbeiter dazu kommen, Schutz und Hilfe anderwärts zu suchen.

Süchtige, vorwärtstrebende Männer, denen Ernst mit ihrem Glauben und ihrer vaterländischen Gesinnung war, fanden sich bald im neuen Verein zusammen. Sie erkannten den Ernst der Zeit und griffen, trotz der sich bergend aufstürmenden Schwierigkeiten, wacker zu. Sie empfanden jedoch auch, daß, sollte wirklich etwas Durchgreifendes und Nachhaltiges gehen, sie auf ihre eigene Kraft angewiesen seien. Wäre es nicht so gewesen, hätte die Sozialdemokratie nicht den weiten Vorsprung erreichen können. Andererseits konnte nur eine Organisation Vertrauen bei den Arbeitern gewinnen, die ihr eigenes Werk war. Sie sollte jedoch nicht nur Schutz gegen die Sozialdemokratie sein, sondern auch die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter, und zwar in vollem Umfange übernehmen. Denn es ist eine Selbstverständlichkeit, daß eine bloß zur Abwehr gegen sozialdemokratische Uebergriffe gerichtete Organisation keinen Bestand haben kann. Sollte jedoch dieses Ziel, die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter, erreicht werden, dann könnte und durfte keine weitere Zersplitterung

zwischen katholischen und evangelischen Arbeitern Platz greifen. Es mußte eine Plattform geschaffen werden, von der aus den berechtigten Bestrebungen der Mitglieder Rechnung getragen werden konnte, ohne die religiöse oder politische Gesinnung des einzelnen zu verletzen. Dieses Ziel ist mit dem am ersten christlichen Gewerkschaftskongress in Mainz niedergelegten Programm vollauf erreicht.

Ausgang 1898 wurde der Zentralverband christlicher Bauarbeiter gegründet. Es war ein mühsames Arbeiten in den ersten Jahren. Es mußten Opfer gebracht werden, wie sie die meisten Gewerkschaftler heute gar nicht mehr kennen. Die Zahl der Mitglieder betrug in 1900 3122 und in 1903 3813. Das war nicht ermunternd. Es hatte jedoch den Anschein, als gälte es zunächst, das Eis zu brechen, die Vorurteile gegen die christlichen Gewerkschaften zu beseitigen. Von 1904 an begann ein rascher Aufstieg, und zählten wir schon in 1907 über 40 000 Mitglieder. Das war ein geradezu glänzender Erfolg. Infolge der in zuletzt genanntem Jahr einsetzenden wirtschaftlichen Depression kam ja noch einmal ein Rückschlag, aber dann ging es wieder aufwärts. Und heute zählen wir über 45 000 Mitglieder. In fast allen bedeutenden Städten Deutschlands sind wir vertreten, in den wichtigsten Industriegebieten haben wir ausschlaggebende Bedeutung.

Die führenden Personen des christlichen Bauarbeiterverbandes waren immer der Auffassung, daß oberstes Ziel der gewerkschaftlichen Organisation die Interessenvertretung der Arbeiter sei. Und was bedeuteten die Arbeiter im Baugewerbe noch zu Anfang dieses Jahrhunderts? Sie bedeuteten nichts. Die Löhne waren niedrig, die Arbeitszeit war lang, die Behandlung nicht überall eine gute, die Sicherung von Leben und Gesundheit war ungenügend. Im allgemeinen traf auf sie das Wort zu: Arbeiten und Maul halten. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden einseitig vom Arbeitgeber diktiert. Da nun die Arbeiter absolut auf sich allein angewiesen waren, ja, es fehlten sogar die salbungsvollen Reden und verantwortlicher Kapitolwächter, da mußten sie selbst Hand ans Werk legen. Und außerdem: Von Bau zu Bau, von Tür zu Tür mußten sie den mühseligen Weg der Arbeitsuche gehen. Wer gab ihnen Arbeit, suchten sie sich diese nicht selbst? Bei der schweren Arbeit, wer stand ihnen hier bei? Wer fragte nach ihrem Lohn, nach ihrer Arbeitszeit; wer schützte sie in Not und Gefahr? Selbst ist der Mann, hieß es, du bist doch ein Mann, also hilf dir auch selbst. Und da war es doch nur logisch, daß sich die Bauarbeiter sagten, gut, dann muß das aber auch gelten, wenn es sich um das gesamtliche Entgelt für die Arbeit handelt.

Und die christlichen Bauarbeiter haben sich tapfer gewehrt. Sie haben die Gleichberechtigung der Bauarbeiter erstreiten helfen, haben die menschenunwürdigen Verhältnisse bekämpft,

wo sie sie auffanden. Die Löhne hat der christliche Bauarbeiterverband verbessert, und zwar erheblich, Not und Elend in Tausenden von Familien hat er damit gelindert. Das war christliche Arbeit im eminentesten Sinne des Wortes, das streicht uns niemand weg. Wir haben die Arbeitszeit verkürzt und damit den Familienvater seiner Frau und seinen Kindern wieder zurückgegeben, Leben und Gesundheit der Arbeiter haben wir geschützt, und das mit gutem Erfolg. Wer hätte das aber auch besser können als wir je selbst? Wer kennt denn unsere Berufsverhältnisse, um auch nur hineinreden zu können?

Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands ist aber auch diejenige Organisation, die die Anerkennung und Gleichberechtigung der noch christlich denkenden Bauarbeiter Deutschlands erstritten hat. Ohne ihn würde heute die sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände das Tarifmonopol im Baugewerbe besitzen. So aber ist der christliche Bauarbeiterverband durch seine energische Tätigkeit an 249 Tarifverträgen und am Reichstarif im Baugewerbe beteiligt. In allen Tarifinstanzen ist er vertreten und bildet somit die einzige tatsächliche wirtschaftliche Interessenvertretung der christlichen Bauarbeiter Deutschlands.

Das wissen diese aber auch und bringen ihm das größte Vertrauen entgegen. Außerdem ist ihnen auch bekannt, daß es eine zweite Organisation in Deutschland nicht mehr gibt, die die ihre Interessen wahren könnte. Die tausend Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsmitglieder und die 300 katholischen Fachabteilungsbaumänner stehen außer jeder Diskussion.

Auf dem uns gefesteten Fundament sind wir groß und einflußreich geworden. In Freiheit und Unabhängigkeit sind wir gleich unsern übrigen Volksgenossen den hinter uns liegenden Weg gegangen, und so bleibt es in Zukunft. Voll Vertrauen blicken wir zum Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands empor. Sein Feld sind die Grenzen Deutschlands. Eine große Aufgabe harret unser im kommenden Frühjahr; seien wir gewappnet gegen alle Eventualitäten. Und nun auf, weiter zu lebensfrischer und energischer Arbeit nach vorwärts. Stärken wir mit aller Energie unsere Reihen, es gilt einen großen Preis zu erringen; darum auf ans Werk!

Die Gewerkschaften den Arbeiterinteressen schädlich?

Diese Fragestellung erscheint uns gewiß widersinnig. Wir verneinen, es sei unmöglich, daß es Leute gäbe, die so etwas behaupten möchten, wo doch die ungeheuren materiellen und ideellen Fortschritte, die durch die Gewerkschaftsarbeit erzielt wurden, so klar und so nahe, fast zum Greifen nahe, vor aller Augen liegen. Und doch

ist dem so. Unsere Unternehmer sind immer diesen Grundgedanken verhaftet; aber darüber braucht man sich schließlich auch nicht zu verwundern. Was man aber nicht für möglich halten sollte, und was uns als unmöglich erscheint — was es zweifellos auch ist —, ist die Tatsache, daß sich heute auch Arbeiter finden, die sich zu dem Grundgedanken von der „Schädlichkeit der Gewerkschaftsarbeit für die Arbeiterinteressen“ bekennen. Du vermeinst, lieber Leser, so etwas könnte doch nur jemand behaupten, der nicht Arbeiterinteressen, sondern Arbeitgeberinteressen vertreten wolle. Und du hast recht. Die Gelben — um die handelt es sich nämlich — vertreten ja in Wirklichkeit nur die Interessen der Arbeitgeber, und wenn sie selbst das auch nicht wahrhaben wollen, so bleibt es deshalb doch Tatsache. Man könnte also auch über die gelben Untertrübe zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht die gelbe Methode eine gewisse Stütze fände in den Lehren der neuen Richtung in der Nationalökonomie, in denen gleichfalls der Satz von der Wertlosigkeit oder gar Schädlichkeit der Gewerkschaften verschiedentlich vertreten wird. Auf dieses Kapitel kam auch Herr Dr. Brauns (H. Glöckner) zu reden, als er in einer von über 3000 Personen besuchten christlichen Gewerkschaftsversammlung zu Essen über das Thema redete: „Berufsgemeinschaft oder Gewerkschaftsarbeit.“ Er machte dazu folgende hochbeachtenswerte Ausführungen:

„Man hat nun zur Begründung der neuen gelben Methode gesagt, die Gewerkschaften schädigten die Arbeiterinteressen. Da predigt der Herr der Hühner. Das Feingefühl für das, was Arbeiterinteressen sind, darf man ruhig der Arbeiterschaft selbst überlassen. (Sehr richtig!) Es wird gesagt, daß das, was die Gewerkschaften an höheren Löhnen erringen, geleistet werde auf Kosten der ungelerten Arbeiter. So hat gestern ein Herr Professor Kohle in den Vorträgen für staatswissenschaftliche Fortbildung in Köln gesagt. Das ist nicht richtig; aber woher kommt diese Weisheit? Sie kommt bei den Herren Nationalökonomien vielfach daher, daß die Wissenschaft stehen bleibt in ihren Studien und Erkenntnissen bei einer Zeit, die ein oder zwei Menschenalter hinter uns liegt. Wenn Kohle zur Begründung seiner Anschauung ausführt, daß der Abstand zwischen dem Lohn der gelerten und ungelerten Arbeiter in Nürnberg in den letzten 30 bis 40 Jahren derselbe geblieben ist, so beweist das gar nichts. Deshalb können doch die Löhne beider Kategorien im gleichen Maße gestiegen sein. Der Herr Professor warf nicht einmal, daß durch die letzte Bewegung in Nürnberg auch der erwähnte Abstand verringert worden ist. Die deutsche Arbeiterbewegung operiert in diesen Dingen wesentlich anders, als die englische. Die Lohnerhöhungen, so sagt man weiter, die die Gewerkschaften durchsetzen, sollen errungen werden auf Kosten der Preise, und weil es schließlich die Massen sind, die die erhöhten Preise zahlen müssen, so seien es schließlich doch die Arbeiter wieder selbst, die die Last zu tragen hätten. Das ist durchaus unrichtig, denn die Menschheit setzt sich doch nicht bloß aus Arbeitern zusammen, die Arbeiterschaft beträgt bestenfalls ein gutes Drittel. Auch die übrigen zwei Drittel zahlen mit, und es gibt sehr viele Einrichtungen und Fabriksysteme, die den kleinen Mann kaum betreffen. Ich glaube nicht, daß beispielsweise bei einer Lohnerhöhung in der Automobilindustrie der kleine Mann

unter einer Preissteigerung zu leiden haben wird. Man muß sich denn jede Aufbesserung der Arbeiterlöhne in eine Erhöhung der Preise umsetzen? Das nimmt man einfach so an. Man sagt zum Beispiel, die Löhne der Bauarbeiter sind gestiegen, also müssen auch die Mieten steigen. Dazu bedürfen wir aber einer sehr genauen Untersuchung, ob nicht gleichzeitig auch mit dem Arbeitslohn die Arbeitsleistung gestiegen ist. Dabei denke ich nicht bloß an die persönliche Anstrengung des Arbeiters, sondern an persönliche Anstrengung inklusive maschineller und organisatorischer Leistung. Hat nicht in wer weiß wie vielen Fällen eine Lohnbewegung bewirkt, daß man technische Fortschritte einführt? Wie viele Erhöhungen der Löhne sind möglich gewesen dadurch, daß der Gesamtbetrieb besser organisiert und einheitlicher gestaltet und die Ergiebigkeit der maschinellen Arbeit, die Gesamtproduktion gesteigert worden ist. Das sind doch auch Möglichkeiten für die Erhöhung der Löhne, ohne daß die Preise zu steigen brauchen, und es wird noch sehr der Untersuchung bedürfen, was mehr preissteigernd gewirkt hat, die Gewerkschaftspolitik oder die Syndikatspolitik. Da werden wir wahrscheinlich sehen, daß die letztere den Hauptvorteil an der Steigerung der Preise gehabt hat, nicht die Arbeiterschaft und die Gewerkschaftspolitik. Die Herren sagen ferner, wenn die Lohnerhöhungen nicht auf die angebotene Weise eingebracht würden, dann wären sie nur noch möglich, wenn das Kapital selbst die erhöhten Löhne zahlt, und das wäre ein volkswirtschaftliches Unglück, denn wir bedürften der Kapitalisierung, der erhöhten Kapitalisierung, denn dadurch komme unsere Volkswirtschaft vorwärts, daß sie reich an Kapital sei. Das letztere ist durchaus richtig, aber es ist deshalb nicht gesagt, daß wir heutzutage, dank der Gewerkschaftspolitik, zu wenig Kapitalisierung haben. Es ist auch nicht gesagt, daß die Kapitalisierung unbedingt so hoch sein muß, wie sie heute ist. Man kann vielmehr heute befürchten, daß die Kapitalisierung zu stark ist, auf Kosten der gemeinschaftlichen Volksinteressen. Wenn die Kruppschen Werke 1908 15 Millionen Reingewinn, 1909/1910 20 Millionen und 1910/1911 28 Millionen Reingewinn gebracht haben, so glaube ich kaum, daß die Arbeiterlöhne etwa im gleichen Verhältnis gestiegen sind. Redner gibt dann aus dem Handelsstil des „Berliner Tageblattes“ zur weiteren Illustration eine Uebersicht über die Wertsteigerung von Waren, auf die in den letzten 10 Jahren keinerlei Zuzug geleistet werden mußte. Wir erwähnen folgende Waren:

	1893	1903	1913
Wahl	6 225	18 500	47 500
Friedrich der Große	3 900	7 000	29 000
Graf Bismarck	11 500	41 000	63 500
Graf Schwerin	2 900	5 200	13 400
Johann Deimelsberg	950	2 900	7 000
Königin Elisabeth	4 900	13 500	26 000
Langenbraun	5 300	8 375	20 400
Lothringen	2 750	9 800	28 700
Unter Feig	7 300	13 100	22 500

Greifen wir eine große Aktiengesellschaft heraus, und zwar eine solche, in der eine ganze Menge der ver-

schiedensten Branchen fusioniert sind, und die zur ganz mindestens 26 000 Bergleute beschäftigt: die Harpen Bergbau-A.-G. Nach dem Handelsbericht der „Börsen Zeitung“ (Nr. 207 vom 30. Oktober 1912) erzielte die Gesellschaft in den letzten fünf Vierteljahren folgende Ueberschüsse:

3. Quartal 1911	3 752 000 M.
4. Quartal 1911	3 451 000 M.
1. Quartal 1912	3 966 000 M.
2. Quartal 1912	6 262 500 M.
3. Quartal 1912	6 373 000 M.

Der Bericht bemerkt zum Schluß, das ist „der höchste der bisher von der Gesellschaft erzielten Ueberschüsse.“ Es ist interessant, zu sehen, welche riesige Steigerung die Ueberschüsse erfahren nach der letzten Kohlenpreiserhöhung im Frühjahr dieses Jahres. Man geht gewiß nicht fehl, wenn man ein gut Teil dieser riesigen Steigerung nicht bloß auf die Konjunktur im Gefolge des englischen Bergarbeiterstreiks, sondern auch auf die Preissteigerung der Kohle zurückführt.

M. H.! Das dürfte genügen zum Beweise dafür, daß tatsächlich die Kapitalisierung unter der Gewerkschaftspolitik noch nichts gelitten hat. Es beweist auch ein anderes, nämlich den Unstand und die Tatsache, daß die Löhne nicht von selbst einfach aus Interesse des Werkes gleichen Schritt halten mit der Steigerung der Gewinne. Das mögen sich die Herren von der gelben Seite recht nachdrücklich aus diesen Zahlen gesagt sein lassen.

Endlich hat man sich zu der Bemerkung aufgeschwungen und gesagt, ja, diese Gewinne der Unternehmer würden auch besser verwandt, als die Löhne der Arbeiter, nämlich der Arbeiter verzehre alles. (Schall. Heiterkeit.) Die Unternehmer dagegen stecken die Gewinne wieder in die Produktion hinein, und dadurch liefern sie dem Arbeiter wieder neue Arbeitsmöglichkeiten. So sei dieser Unterschied durchaus gesund und zu rechtfertigen, während der Güterverzehr volkswirtschaftlich ungesund sei. Die Steigerung der Produktion das sei das einzige volkswirtschaftlich richtige. Diese Gedanken wurden ausgesprochen in einer Diskussion zwischen einem Professor der Nationalökonomie und Arbeitervertretern. Demgegenüber fragen wir: sind wir denn einfach nur dazu da, um nur zu produzieren? Ist die Produktion Selbstzweck? Nach unserer Auffassung ist der Zweck der Produktion die Erhöhung der Lebensmöglichkeit und der Lebenshaltung. Wo will man denn mit der erhöhten Produktion bleiben, wenn die Massen nicht mehr verzehren? Der Verzehr setzt sich doch wieder in Kapitalisierung um. Derselbe Herr Professor hat sich einmal beklagt über den wissenschaftlichen Dilettantismus in der Arbeiterbewegung. Auch unter den Vertretern der Wissenschaft zeigt sich ein Dilettantismus, und zwar hinsichtlich der Praxis der Bewegung. Die Gelben haben nur ein famoies Rezept gegen die angeführten Tatsachen, sie sagen: gewiß, der Arbeiter soll konsumkräftig werden, das Einkommen steigern, einmal dadurch, daß die Werke selbst daran interessiert sind, dann sagen sie aber, wie es in den Werkvereinsblättern heißt: Durch Spararbeit zu Eigentum und Unabhängigkeit. Wir sind die

Städtebau.

Von Regierungsrat Dr. Gustav Degen.

Die Internationale Bauausstellung Leipzig 1913 dient einem der wichtigsten Probleme des Kulturlebens, dem Wohnen und Leben der Millionen. Und einem sehr realen Bedürfnis sind die Deutschen in den letzten Jahrzehnten zu einer vorwiegend städtischen Existenz geworden. Vom Lande geht der Zug zur Stadt; hier sollen sich die Massen zusammen, ihre Entfaltung finden.

Der städtischen Bevölkerung des 19. und 20. Jahrhunderts ist damit eine Aufgabe erwachsen, die ebenso wie die ländliche ist. Es gilt, den Menschen, der in die Städte kommt, so zu leiten, daß durch das Streben des einzelnen nach Raum zum Wohnen und Lust am Leben nicht Schaden leiden die volkswirtschaftlichen und hygienischen, die ethischen und ästhetischen Interessen der Allgemeinheit.

Diese Aufgabe zu lösen, ist der Städtebau bezweckt. Er ist getragen von dem Gedanken, daß die der einzelne sein Wohl nicht allein, sondern auch seinen Mitmenschen hat, so auch die Stadt in ihrer Gesamtheit anzusehen ist als ein Ganzes, nach einheitlichem Plane zu schaffen und, wo nötig, zu korrigieren.

Städtebau ist international wie die städtische Kultur überhaupt. Er hat aber, nützlich oder unwillkürlich, nationale, lokale oder regionale Charakter. Der städtische Bau in England ist ein anderer, als der in Frankreich, als der in Deutschland, als der in Italien. In dem Maße, wie die moderne Städtebauentwicklung mit ihren neuen Hauptaufgaben

in Amerika und England waren es wohnungspolitische und hygienische Gesichtspunkte, die stark volkswirtschaftlicher, soziale und einseitige Großindustrielle auf eine zweckmäßige Gesamtplanung der Städte bringen ließen. Deutschland dagegen ist die Heimat jenes so mächtig gewordenen Gefühls für den künstlerischen Reiz schöner Städtebilder und der Ueberszeugung, daß des besten Architekten Mühen in dieser Richtung vergeblich ist, wenn nicht ein gesunder Wohnungsplan die unerlässlichen Voraussetzungen für den Erfolg solcher Strebens schafft.

Diese beiden Strömungen haben sich zum modernen Städtebau zusammengeschlossen, sie sind in ihm unzertrennlich vereint, ohne jedoch — und darin gerade liegt, wie die Eigenart, so auch die besondere Schwierigkeit der städtischen Kunst — gänzlich ineinander aufzugehen. Je nach Lage der Dinge verlangt bald das eine, bald das andere Moment in den Vordergrund zu treten. So sind bei der Anlage von Wohnvierteln die hygienischen und sittlichen, bei der Anlage von Monumentalplätzen und repräsentativen Stadtkernen die künstlerischen Gesichtspunkte maßgebend; das entscheidende Glied im Organismus städtischer Entwicklung ist aber der wirtschaftliche Gesichtspunkt. Im Raum zu schaffen für die Verhältnisse und die Wohnungen immer neuer Tausender, um Zeit zu gewinnen für ihre Arbeit und ihre Erholung, ist es heute wichtiger als je, billige Verkehrsmittel zu errichten und zu schaffen, die es ermöglichen, große Menschen- und Sachmassen billiger ins Außenland zu bringen und schnell wieder auseinanderzulassen.

Der moderne Städtebau ist in allen seinen Stufen

lehre, diese aber wiederum unmöglich ohne gründliches Studium der Verkehrsbedürfnisse, an der Hand sorgsam rechnender und schätzender Statistiker und so weitest sich das Bild des Städtebaues mehr und mehr und umfaßt schließlich alles, was der kommunalen Politik zu wissen nötig ist, um Städtepläne beurteilen und schaffen zu können.

Große Ideen dürfen aber nicht nur wenige Köpfe von Fachgenossen beherrschen, sondern müssen in den weitesten Kreisen Wurzel schlagen, wenn ihnen die Zukunft gehören soll. So auch die Ideen, die neuen Ziele und Wege des Städtebaues! Sie allen Schichten der Bevölkerung nahebringen, dazu soll die Internationale Bauausstellung Leipzig 1913 helfen. Sie bietet alle meine Orientierung über die Besiedelung der Erde, überhaupt über Bau und Bedürfnisse des Stadtorganismus, über alle Fragen der Gesundheit, Wirtschaftlichkeit und Schönheit städtischen Wohnens und Lebens, interessant und belehrend für den Laien, anregend und fördernd für den Fachmann.

Als gemeinsames Werk einer langen Reihe deutscher und ausländischer Städte stellt sich diese Gruppe der Leipziger Ausstellung dar, als ein Beispiel verständnisvoller interkommunaler Arbeitsteilung, die der einen Stadt die der anderen Stadt jene Aufgabe je nach ihrer Eigenart anweist.

Möge auch von ihr ausgehen Belehrung und Anregung; möge sie beitragen zur Schönheit der deutschen Städte und dazu, daß in gesunden Wohnungen, in Licht und Luft ein Geschlecht aufwächst, gesund an Körper, an Geist und an Seele, zum Segen unseres Vaterlandes!

ten, die nicht die Sparsamkeit gefördert wissen wollen. Aber wenn man das so einseitig hinstellt, wie durch die Selben geschieht, dann ist das nichts anderes, als ein Rückfall in die alten manchester'schen Theorien, in die Zeit, da der wirtschaftliche Liberalismus allein das Heft in der Hand hatte und da solche Rezepte geschaffen wurden. Dieser alte Liberalismus hatte nichts anderes für die Arbeiter als Bildungs- und Sparvereine. Wir haben ja gesehen, wie weit man damit gekommen ist, welche Verelendung die Folge war, die der Sozialdemokratie das Material zu ihren Theorien lieferte hat."

Gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung im Baugewerbe.

Die Arbeitslosenversicherung ist ein seit langen Jahren umstrittenes Problem. Ueber die Notwendigkeit der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit besteht in allgemeiner Uebereinstimmung, nur über das Wie gehen die Meinungen auseinander. Unsere wirtschaftliche Verfassung gewährt keine Sicherheit für unausgesehene Beschäftigung. Auf Perioden der Hochkonjunktur folgen solche des Tiefstandes. Wirtschaftskrisen nennen wir sie. Aber auch bei den einzelnen Unternehmern besteht ein dauernder Wechsel im Beschäftigungsgrad, der ein fortwährendes Ein- und Entlassen von Arbeitern nach sich zieht. So entsteht eine natürliche Arbeitslosigkeit, die, dauert sie längere Zeit an und hat der Betroffene keine Ersparnisse machen können, die ihm über diese Zeit hinweghelfen, größere Schäden nach sich ziehen muß. Es tritt Verschuldung ein, oder die Familie muß sich ungebührlich einschränken, Lohnbrückeri, auch auf die Bahn des Verbrechens wird mancher Arbeitslose getrieben.

Staat und Gesellschaft haben daher ein großes Interesse, zunächst die Möglichkeit der Beschäftigung zu fördern, sodann aber auch die Schäden unverheulbarer Arbeitslosigkeit gemildert zu sehen. Daß die Gesamtheit zu den Lasten einer solchen Mildertung beizutragen hat, wird nirgends ernsthaft bestritten, ist auch in der Tat in einer Reihe von Fällen praktisch durchgeführt. Wir besitzen eine Menge kommunaler Einrichtungen, die nach verschiedenen Systemen arbeitslos Gewordenen materielle Mittel aus ihren kommunalen Kassen und ohne Gegenleistung zusichern. Ein Ideal sind diese Einrichtungen nicht, sie sind im Gegenteil noch recht unvollkommen. Trotzdem werden sie von uns begrüßt, weil wir sie als Versuchsmittel betrachten, sie zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenversicherung führen sollen. Denn nur eine solche wird am leistungsfähigsten und vollkommensten sein.

Die Gewerkschaften sind an der Arbeitslosenversicherung natürlich im höchsten Grade interessiert. Ihre Aufgabe ist die Förderung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder. Diese Förderung wird gewiß in erster Linie in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erblickt. Die ganze Stoßkraft der Gewerkschaften war bislang auf dieses Ziel gerichtet, und wird es wohl auch in Zukunft bleiben. Trotzdem ist sie nicht ein einziges Ziel, kann es auch nicht sein. Die Unterstützungsanstalten gegen die Notfälle des Lebens, wie Kranken- und Sterbeunterstützung usw., die in den einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen eingeführt sind, zeichnen deutlich, daß sie auch diese zur Hebung des Arbeiterstandes für erforderlich halten. Wenn sie auch in dem einen oder anderen Falle als Mittel zum Zweck gedacht sind, nämlich um die Mitglieder in die Organisation zu fesseln, so bleibt ihre wohlthätige Wirkung doch dieselbe, denn gerade wegen ihr wird die Mitgliedschaft aufrechterhalten.

Um die Folgen der Arbeitslosigkeit zu mildern, und daher eine Reihe von Gewerkschaften zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung geschritten. Im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wurden von 1902 bis 1912 über 800 000 M. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Zu warten, bis die staatliche Versicherung eingeführt wird, erschien ihnen nicht angängig. Und konstatiert muß werden, daß sie mit der Arbeitslosenunterstützung keine schlechten Erfahrungen gemacht haben. Den Mitgliedern haben sie damit über eine schwierige Situation hinweggeholfen, sie dafür auch um so fester in die Organisation geleitet.

Werden wir auch im Baugewerbe zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung kommen? Manche von uns werden diese Frage verneinen. Und werden das mit einleuchtenden Gründen belegen. Das Baugewerbe ist ein Saisongewerbe, das die übergroße Mehrheit der in ihm Beschäftigten jährlich eine mehr oder weniger große Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Eine solide, über das ganze Jahr sich erstreckende Unterstützung würde daher so hohe Mittel erfordern, daß ganz enorme Bei-

tragserhöhungen eintreten müßten. Dem Charakter des Saisongewerbes ist auch insofern Rechnung getragen, als nur für 40 Wochen im Jahr Gewerkschaftsbeiträge entrichtet werden. Ganz naturgemäß ist auch im Baugewerbe der Drang dahin, in der Saison so viel zu verdienen, um für die etwaige Zeit der Arbeitslosigkeit gesichert zu sein. Der Zug der Bauarbeiter aus der Stadt aufs flache Land, oder auch die Abneigung, sich in der Stadt ansässig zu machen, liegt in der alljährlich zu erwartenden Arbeitslosigkeit begründet. Das Leben auf dem Lande gestaltet sich immerhin billiger, notwendige Lebensmittel können durch Eigenproduktion erzeugt werden, es läßt sich mit größter Leichtigkeit über eine arbeitslose Zeit hinwegkommen. Aus diesen und auch noch anderen Gründen ist der Wunsch auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Baugewerbe weniger stark hervorgetreten. Immerhin haben sich einige sozialdemokratische Bauarbeiterverbände mit ihrer Einführung befaßt, der sozialdemokratische Zimmererverband ist sogar vor einigen Jahren zu ihrer Einführung geschritten. Auch unsere letzte Generalversammlung in München hat einen Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung dem Hauptvorstand überwiesen.

Der sozialdemokratische Bauarbeiterverband hat nun auch in der letzten Zeit eine Vorlage für Einführung der Arbeitslosenunterstützung seinen Mitgliedern unterbreitet, die auf einer im Januar stattfindenden Generalversammlung ihre Erledigung finden soll. Diese Vorlage kann uns nicht gleichgültig sein. Wie denkt sich nun die genannte Vorlage eine Arbeitslosenunterstützung innerhalb des „freien“ Bauarbeiterverbandes?

Sie stellt den Grundsatz auf, daß nur in der Zeit Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden soll, wo Beiträge entrichtet werden. Da nun nach der heutigen Beitragszeit die Monate Dezember, Januar und Februar ausfallen würden, sollen für den Dezember noch Beiträge erhoben werden, mithin statt den bisher vierzig Wochenbeiträgen zukünftig 44. Die wichtigsten Beiträge sollen außerdem um ca. 20 Pf. pro Woche erhöht werden, so daß eine durchschnittliche Beitragserhöhung von etwa 10 Mark pro Jahr eintreten dürfte. Die Krankenunterstützung erfährt eine Herabsetzung. Arbeitslosenunterstützung soll bezahlt werden nach zweijähriger Karenzzeit vom 7. Tage der Arbeitslosigkeit an für die Dauer von acht Wochen. Die Höhe der Unterstützung beträgt nach abgelaufener Karenzzeit in der niedrigsten Klasse 75 Pf. pro Tag und steigt bis auf 1,20 M. nach achtjähriger Mitgliedschaft; in der höchsten Beitragsklasse beträgt sie in dem gleichen Zeitraum 1,40 M. und 1,85 M. Im Januar und Februar soll keine Unterstützung gezahlt werden. Wird in einem Jahr die Unterstützung für acht Wochen erhoben, so muß zunächst ein Wartejahr wieder zurückgelegt sein, ehe wieder Bezugsberechtigung eintritt. Das sind in großen Zügen die Grundtendenzen der Vorlage.

Wie wir bereits sagten, hat der sozialdemokratische Zimmererverband schon seit einigen Jahren die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Er bezahlt die Unterstützung das ganze Jahr über, mithin auch in der Zeit, wo keine Beiträge geleistet werden. Die Unterstützungsdauer beträgt sechs Wochen. Die Arbeitslosigkeit im Zimmererberuf ist während des Winters immerhin nicht so umfassend, wie bei den übrigen Berufen des Baugewerbes, so daß die Durchführung der Arbeitslosenunterstützung hier immerhin etwas leichter ist. Der Zimmererverband erhebt einen um ca. 15 Pf. höheren Beitrag (ohne die Extrabeiträge), wie die übrigen Organisationen im Baugewerbe, er hat jedoch weder Kranken- noch Sterbeunterstützung.

Darüber kann kein Zweifel herrschen, daß auch die Bauarbeiterorganisationen allgemein zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit der Zeit kommen werden. Sie muß allerdings den Verhältnissen angepaßt sein, in den Monaten Januar und Februar wird ihre Einführung noch für sehr lange Zeit, wenn nicht für immer, ein frommer Wunsch bleiben. Für diese zwei Monate muß jeder selbst sorgen. Allerdings wird das dem einzelnen durch eine Unterstützung in den übrigen zehn Monaten erleichtert. Wird auch der christliche Bauarbeiterverband zur Einführung dieser Unterstützungseinrichtung schreiten müssen? Die Antwort wird dahin zu lauten haben, wenn sie von allen Bauarbeiterverbänden eingeführt wird, können auch wir uns dem nicht verschließen. Dann aber heißt es, auch die Opfer dafür tragen, deren Höhe sich aus dem vorher Angeführten ergeben dürfte. Sind wir bereit dazu, diese auf uns zu nehmen?

Ist eine tarifliche Regelung der Akkordarbeit den heutigen Zuständen im Baugewerbe vorzuziehen?

Die sozialdemokratisch organisierten Bauarbeiter in Berlin haben kürzlich den Beschluß gefaßt, die Akkordarbeit im Baugewerbe in Zukunft tariflich zu regeln. Dieser Beschluß und seine Begründung bedeuten die Anerkennung der Tatsache, daß die gewerkschaftliche Organisation nicht imstande war, die Akkordarbeit zu bejähigen. Er beweist uns auch, daß die Gewerkschaftsbewegung Tatsachen nicht aus der Welt schafft, wenn sie dieselben ignoriert oder gar bekämpft. Der lange Kampf gegen die Akkordarbeit zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht alles kann; die erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit bewegt sich in bestimmten Grenzen, die nicht überschritten werden können; vor Illusionen ist daher immer zu warnen. Warum hat nun eigentlich der Kampf gegen die Akkordarbeit im Baugewerbe so wenig Erfolg? Darauf könnte man antworten, daß trotz aller Beschlüsse doch in Akkord gearbeitet wurde. Immerhin müssen aber doch stichhaltige Gründe vorhanden sein, die eine große Anzahl Arbeiter veranlassen, in Akkord zu arbeiten. Diese sind auch in der Tat vorhanden. Die Akkordarbeit zieht eine andere Entlohnung nach sich als der Zeitslohn. Im Zeitslohn bekommt der Arbeiter einen bestimmten, heute im Baugewerbe tariflich geregelten Lohn, die Akkordarbeit hängt ab von der Leistung; sie stellt die Möglichkeit in Aussicht, mehr als den im Tarifvertrag festgesetzten Lohn zu verdienen pro Tag. Und diese Möglichkeit — die ja sehr häufig gar nicht eintritt — ist ein starkes Reizmittel, die Arbeit in Akkord zu übernehmen. Wir können heute wohl in allen Gebieten Deutschlands die Tatsache feststellen, daß die größere Mehrzahl der Bauten in Akkord gepugt wird. Dazu kommt Fugarbeit in Akkord, und in einzelnen Gebieten wird auch noch in Akkord gemauert. Es muß also festgestellt werden, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht vermochte, den Kampf gegen die Akkordarbeit erfolgreich durchzuführen. Wenn die organisierten Arbeiter dieses auch wollten, die unorganisierten würden dieses doch verhindern. Wie liegen denn die Dinge in der Wirklichkeit? Organisierte Arbeiter machen den Bau hoch, sie stehen draußen in Wind und Wetter, und ist dann der Bau hoch, dann kommt eine unorganisierte Pufferkolonne und übernimmt die Arbeit in Akkord. Kann man es da unseren Kollegen verargen, wenn sie sich nicht herausdrängen lassen wollen? Gewiß nicht.

Es kommt noch weiter in Betracht, daß die Akkordpreise überall in unerhörter Weise gedrückt wurden. Die Stundenlöhne sind gesunken und die Akkordpreise ganz bedeutend gefallen. Die Betrügerei ist auch heute noch bei der Akkordarbeit sehr groß. Bauführer, Poliere, Kolonnenführer usw. übernehmen die Arbeit und betrügen nicht selten die Arbeiter um den Ueberschuß. Da ein schriftlicher Vertrag nicht gemacht wird, so machen auch viele Unternehmer den Arbeitern bei der Zahlung des Restes Schwierigkeiten. Man kann ruhig behaupten, die Akkordarbeit hat anarchische Verhältnisse mit sich gebracht, und es ist auch nicht zu bezweifeln, daß, wenn wir die Dinge laufen lassen, es nicht besser, sondern vielleicht noch schlimmer wird.

Nun werden ja allerlei Einwände gegen die Akkordarbeit erhoben, die auch keineswegs von der Hand zu weisen sind. Zunächst wird durch die Akkordarbeit die Berufsgefahr erhöht. Es wird behauptet, die Akkordarbeit im Baugewerbe gibt zu schlechter Arbeit Veranlassung, und dadurch werden die Baueneinfürze sich mehren. Ein weiterer Grund gegen die Akkordarbeit ist der, daß die Akkordpreise immer mehr nach unten gedrückt würden. Wir haben oben schon gesagt, daß dieses in der Tat richtig ist. Weiter, wird nicht ohne Grund gefolgert, führt die Akkordarbeit mit ihren niedrigen Preisen zu einer wahren Schufterei, wodurch auch wieder eine Anzahl Arbeiter frühzeitig erwerbsunfähig wird. Das ist alles richtig, es wird aber damit nichts an der Tatsache geändert, daß nun heute einmal in Akkord gearbeitet wird und diese Mißstände auch heute bestehen. Es ist deshalb nicht unsere Absicht, die Akkordarbeit zu fördern, sicher ist aber, daß eine Regelung der Akkordarbeit den heutigen Verhältnissen vorzuziehen ist.

Die erste Forderung, die wir erheben müssen, ist die, die Organisation regelt überall die Akkordpreise mit den Unternehmerorganisationen. Ich habe schon seit längerer Zeit den Standpunkt vertreten, von dem Recht, die Akkordpreise tariflich festzulegen, Gebrauch zu machen, also ein Mitbestimmungsrecht zu verlangen. Gewisse Sicherheiten müssen bei Regelung der Akkordarbeit gefordert werden: 1. Der im Tarifvertrag festgesetzte Stundenlohn ist auch im Akkord auf alle Fälle auszusahlen. 2. Die Akkordtarife sind möglichst so aufzustellen, daß jeder Arbeiter die Möglichkeit des zukünftigen Verdienstes überschauen kann. Daß die Unternehmer nicht das Recht haben dürfen, andere Preise zu vereinbaren, als im Tarifvertrag vorgegeben sind, versteht sich von selbst. 3. Die Zwischenmehrer müssen bejeitigt werden, der Ueberschuß ist, wie das heute schon im Tarifvertrag vorgegeben ist, nach der Zahl der geleisteten Stunden zu verteilen. Die Unternehmer waren ja in den letzten Jahren immer darauf bedacht, die Akkordarbeit möglichst zu fördern. In dem Augenblick, wo die Gewerkschaftsbewegung zu einer Regelung der Akkordpreise übergeht, entrennt der Kampf um möglichst hohe Akkordpreise. Die ganze Akkordlohnfrage bekommt dann ein anderes Gesicht. Für den Unternehmer ist die Tatsache ausschlaggebend, mit möglichst geringem Lohn viel Arbeit geleistet zu bekommen. Dient die Akkordarbeit der Möglichkeit, die Arbeit am herzustellen, dann wird er diese bevorzugen. Ist die Akkordarbeit bei den gebürderten Bedingungen. Bei einer Regelung der Akkordarbeit vom Zeitslohn auszugehen haben. Der

größere Arbeitsleistung bedingt auch höheren Lohn, ist entchieden zu vertreten. Es ist sehr fraglich, ob bei anständigen Affordpreisen, wenn eben für die Mehrleistung auch mehr Lohn gezahlt wird, die Unternehmer auch noch so begeistert für die Affordarbeit sein werden.

Dann läßt sich auch in Zukunft gegen eine tarifliche Regelung der Affordarbeit allerlei einwenden. Es ist unzweifelhaft richtig, daß durch die tarifliche Regelung der Affordarbeit auch eine gewisse Anerkennung derselben erfolgt. Beweisen könnte man damit nichts, denn auch ohne Anerkennung ist die Affordarbeit nun einmal da, und ich denke, wir haben die Aufgabe, gewisse Mißstände auszumerzen. Oder wird eine Erhöhung der Affordpreise die Affordarbeit fördern und insbesondere verhindern, daß diese Arbeiter sich organisieren? Bei anständigen Preisen dürfte sich die Affordarbeit kaum mehren, heute sind die niedrigen Preise mit ein Grund für die Ausbreitung der Affordarbeit. Die Organisation wird auch nicht geschwächt werden, wie dieses sich auch in anderen Berufen zeigt. Heute bekommen wir die Affordkolonnen in den seltensten Fällen, schon weil sie wissen, die Gewerkschaften sehen sie nicht gern. Schlimmer kann es auf diesem Gebiete kaum noch werden. Unverkennbar haben wir die Aufgabe, mit der Erziehungsarbeit einzusetzen. Ueberstunden dürfen nicht gemacht werden. Es ist auch notwendig, in Arbeiterkreisen darüber Klarheit zu schaffen, daß man einmal die Dessenität in Deutschland für hohes Arbeitereinkommen kein Verständnis hat und daher bei einem mäßigen Ueberlohn über dem Tagelohn halt gemacht werden muß; geschieht das nicht, dann werden die Preise gedrückt werden.

Die tarifliche Regelung der Affordarbeit stellt uns noch vor neue Aufgaben, die Tatsache wird aber jeder Kenner der Verhältnisse feststellen, der Kampf gegen die Affordarbeit hat vollständig Fiasco gemacht. Diese Frage ist einer ernstlichen Diskussion wert, nur so können die Schwierigkeiten gelöst und eine andere Taktik gegen die Affordarbeit eingeschlagen werden.

Allgemeines.

Die Kritik an den bestehenden Zuständen ist bekanntlich die härteste Seite bei unserer Sozialdemokratie. Sie hat aber bis jetzt noch nirgends bewiesen, daß sie in der Praxis die Dinge besser zu machen verstände. Das zeigt, von anderen ganz abgesehen, schon allein die Geschichte der roten Bols- und Gewerkschaften. Neuerdings soll es, Freymelungen zufolge, in der roten Berliner Konjunktionslosigkeit ganz bedenklich kriechen. Diese zählt rund 500 000 Mitglieder, wovon 60 000 Nichtsozialdemokraten sein sollen. Von Partei und Gewerkschaften wurde sie rege unterstützt. Allein auch dieser Umstand hat nicht verhindern können, daß den Mitgliedern die Ueberzeugung geworden ist, die ganze Genossenschaft mit ihren Einrichtungen und vor allem ihrer Geschäftsabwicklung stelle keineswegs ein Ideal dar. Die ganzen Einrichtungen seien unwirtschaftlich, und dieser Umstand sei schädlich, daß den Mitgliedern Vorteile verschlossen bleiben, die gerechterweise eine Konsum-Genossenschaft zu gewähren habe. In der Generalversammlung der Genossenschaft sagte Stadthagen, der Genossenschaft fehle ein Stück Bertheim, der großzügige kaufmännische Blick, den man von einer so großen Institution verlangen müsse. Er erwiderte, daß die „Genossen“ immer erst zu dieser Einsicht kommen, wenn sie den Schaden an der eigenen Tasche spüren. Bemerkung wurde auch, daß die Genossenschaft die gegenseitigen Hoffnungen in bezug der Propagierung des Sozialismus nicht erfüllt habe. Es mangelt ihr die Durchdringung mit sozialistischem Geiste, und das lasse ein Ruck in Sinne der Arbeiterklasse vermischen. Durch eine Satzungsänderung, die vielleicht zu einer Spaltung der Genossenschaft führt, sollen nun die eingetragenen Mißstände abgestellt werden.

Ja, ja, Theorie und Praxis!

Das wahre Gesicht. Das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiter-Verbandes, „Der Textilarbeiter“, ist in der Vertretung sozialistischer Ideen radikalster und fanatischer als manches Parteiblatt. Auch aus seiner Feindschaft gegen die Religion macht das Blatt keinen Hehl. In Nr. 4 vom 2. Okt. 1912 brachte es unter dem Strich eine kurze Skizze, betitelt „Diebersehen“, worin der Verfasser die bei einem Begräbnis gesprochenen Gebete schildert. Wörtlich heißt es da:

Wir sind auf dem Friedhof eingelangt, und während wir anderen Schützenden in die Pflanzhalle gehen, um sich an den Worten des Geistlichen zu erheben, äußere ich die beschriebenen Gebetswörter. Er hat fast alle auf dieselbe Melodie gestimmt; von fast allen Jesuiten grüßt mich das Wort „Diebersehen“ entgegen. Wir haben die Worte Jesu heute gehört:

„Denn habe noch der letzte Söner, der schulle, denn habe noch des Herzens letzter Schlag.“

Ich gläubte nie an einen Gott da oben, der Söner aber Loren nur aus geben, der Erde — und ich wüßte nicht zu leben.

„Reicht mir ein: daß wir nur einmal leben.“

„Ein Jesuit hat mir unter den vielen auf, reicht und erhebt sich darauf: „Ihr ruht in Frieden, nicht unterirdische Lieder, Söner und Söner.“

„Nicht von Gott, nicht jenseit unmögliche Diebersehen.“

... bet Verfasser, er sei froh, daß er nicht alle Dämonen abgesehen habe. Er würde nicht ... auf ein Diebersehen. — Daß der Textilarbeiter Bewegung von ... in seine Spalten aufgenommen, ist für die Stellung des Verbandes zur Religion ... Der noch ...

sch gestimmte Teil der Arbeiterschaft mag daraus erneut ersehen, daß für sie als Interessenvertretung nur die christlichen Gewerkschaften in Betracht kommen können.

Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Kanton Neuchburg. Für die Uhrenindustrie und für die Betriebe der Feinmechanik, die im Kanton Neuchburg eine weite Verbreitung haben und bei denen oft Schwankungen der Konjunktur vorkommen, soll nach einem Entwurf der kantonalen Regierung die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden. Die Arbeitslosenunterstützung soll unter einem Verwaltungsrat stehen, der zu je einem Drittel aus Vertretern der Regierung, der Arbeiter und der Arbeitgeber bestehen soll. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Uhrenindustrie und in der Feinmechanik sollen versicherungspflichtig sein, soweit sie zwischen dem 18. und dem 65. Lebensjahre stehen. Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen sollen in die Versicherung einbezogen werden, wenn sie im Kanton Neuchburg zwei Jahre anässig waren. Die Beiträge zu der Arbeitslosenversicherung sollen zu gleichen Teilen geleistet werden von der Regierung, von den Arbeitern und von den Arbeitgebern. Die monatlichen Beiträge für jeden Teil sollen betragen 1 Fr. für Arbeiter und 0,7 Fr. für Arbeiterinnen. Die tägliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit ist nach dem Entwurf festgesetzt auf 1,50 Fr. für ledige, und auf 2 Fr. für verheiratete Arbeiterinnen, auf 2 Fr. für ledige und auf 2,50 Fr. für verheiratete Arbeiter. Außerdem wird für jedes Kind noch eine Unterstützung von 0,25 Fr. pro Tag vorgeschlagen. Zugleich mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung soll auch eine bessere Regelung des Arbeitsnachweises herbeigeführt werden.

Warnung vor Schwindkassen. Aus Siegen schreibt man uns: Schon oft sind unsere Mitglieder in der Gewerkschaftspresse vor den sogenannten Schwindkassen gewarnt worden. Für heute können wir wieder über ein Vorkommnis, welches die Tätigkeit solcher Kassen in einem eigenartigen Lichte erscheinen läßt, berichten. Ende 1910 vertrat die bekannte Schwindkasse „Germania“ in Kassel. Diese Gelegenheit benutzte die „Stuttgarter Kranken- und Sterbeversicherungsgesellschaft“, um die durch den Zusammenbruch in Kassel versicherungslosen Mitglieder zu übernehmen. Um den Arbeitern den Uebertritt in die Stuttgarter Kasse möglichst geschmackhaft zu machen, gestattete der Kassenvorstand Sommer einem Agenten Grübener in Siegen, die Leute ohne Kassenzeit zu übernehmen. Als man ein Mitglied unserer Zahlstelle nach einmonatiger Zugehörigkeit zur Kasse krank und erwerbsunfähig wurde, lehnte dieselbe die Zahlung des Krankengeldes mit der sonderbaren Begründung ab, die Aufsichtsbehörde habe nicht, daß den von der Kasseler Kasse übergetretenen Mitgliedern ein Krankengeld ohne die sonst übliche Kassenzeit gezahlt werde. Seitens unserer Verbandsleitung wurde nun gegen die Kasse am Amtsgericht in Stuttgart Klage erhoben, und zwar mit dem Erfolg, daß die Kasse zur Zahlung des Krankengeldes und Tragung der Kosten verurteilt wurde. Der Prozeß selbst dauerte über ein Jahr. Inzwischen war aber die Stuttgarter Kasse am 1. Januar 1912 ebenfalls der Auflösung verfallen, bei dem verurteilten früheren Kassenvorstand aber war nichts zu pflanzen. Einer Ladung des Gerichts zwecks Leistung eines Offenbarungseides folgte der gemeine Kassenvorstand nicht freiwillig, so daß eine zwangsweise Vorführung notwendig wurde. In dieser Verhaftung war jedoch die Einzahlung eines weiteren Kostenvorschusses von 10 % notwendig. Hier machte der Kläger Schluß, denn es wäre zwecklos gewesen, der Sache noch weiteres Geld zu opfern. „So nichts ist, hat der Kaiser das Recht verloren.“ So auch hier. Trotz obliegendem Urteil Tragung eines Teiles der Kosten und Nichterhaltung des Krankengeldes ist das Ergebnis bei Auseinandersetzungen mit Schwindkassen. Von Interesse ist noch, daß jetzt, nach Zusammenbruch der genannten Kasse, eine Frau Wendt in Stuttgart rückständige Beiträge der früheren Kassenglieder einlegt, um damit ihre Ansprüche zu decken. Dabei stellt sich heraus, daß Leute verklagt sind, die der Kasse gar nicht angehört haben. Die Geschäftsführung muß demnach „unsergültig“ gewesen sein. Daraus Vorsicht gegenüber Schwindkassen!

Der Verband deutscher Beamtenvereine. Der Verband deutscher Beamtenvereine veröffentlicht soeben den Hauptbericht über seine Wirksamkeit im Jahre 1911. Die Gesamtzählungen des Verbandes dienen dem Zwecke der Werbung, Erhaltung und Stärkung des Gefühls der Zusammengehörigkeit in der deutschen Beamtenschaft und der Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen des deutschen Beamtentums. Der Verband zählte 1911 288 Vereine mit 253 076 Mitgliedern. Die Verbandsschatzkasse wies einen Bestand von rund 14 Millionen Mark auf. Man könnte daraus Schlüsse auf die günstige wirtschaftliche Lage der Beamten ziehen. Der Jahresbericht weist aber demgegenüber darauf hin, daß auch die Zahl der darlehenshabenden Beamten gewachsen ist. Die Zahl der Darlehensschulden betrug 14 503 und der Gesamtbetrag von Darlehen beinahe 4 Millionen. Die Vorteile der Darlehensklasse sind unverkennbar. Das Standesgefühl hält den Beamten vielfach ab, in privaten Erwerbstreibern um Darlehen nachzugehen. Der Verband greift daher vielfach unter Zuhilfenahme einer Darlehensklasse zum Vorgehen. Das Hilfswesen in Form von Unterstützungen, Familienbeiräten, Auskunftsstellen, etc. hat der Verband von jeher dem Wohnungsweesen zugewandt. An den Verband ist ein Medizinischer Beamtenschaftsverband angeschlossen, der 15 Genossenschaften, die 10 084 Mitglieder mit 1 265 544 Mark Gesamtvermögen und 1 Millionen Kapitalvermögen aufweisen. Daneben besteht

die Verbandskasse deutscher Beamtenvereine, deren Aufgabe es ist, Kredit zur Beschaffung von Baugeld zu möglichem Zinsfuß zu beschaffen bzw. erhebliche Kapitalien zu guter Verzinsung unterzubringen. Ebenso bildet das Versicherungswesen ein Hauptarbeitsgebiet des Verbandes. Die deutsche Beamtenschaftsversicherung schließt Renten, Sterbegeld- und Kapitalversicherungen ab. Die Prämienreserven betragen rund 3 Millionen Mark. Eine Feuer- und Einbruchdiebstahlversicherung mit niedrigen Prämien schließen sich als weitere Versicherungsarten an. Zu bemerken ist noch, daß das offizielle Organ des Verbandes nicht mehr die „Monatsschrift für deutsche Beamte“, sondern die „Beamtenschaft“ ist.

Die Neugründung des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen auf nationaler Grundlage hat die sozialdemokratische Presse zunächst ganz sprachlos gemacht. Nachher ließ sie spaltenlange Schimpfepisteln gegen die Begründung der Verbandsgründung hervortretenden Personen los. In sich an der Verbandsgründung Vertreter aller bürgerlichen Parteien beteiligten, konnten die Sozialdemokraten nicht so recht mit einer Verbächtigungskampagne einhaken. Darum griffen sie zu dem alten Mittel persönlicher Beugung. Sie warfen den Verbandsgründern Dummheit, Bosheit und Arbeiterzerpflüchter vor. In dasselbe Horn bläst auch Herr Julius Fräßdorf-Dresden, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter für Sachsen und Präsident des sog. „Hauptverbandes deutscher Krankenkassen-Verbande“ unterseidet sich in nichts von den sonstigen Verbächtigungskampagnen der übrigen sozialdemokratischen Presse. Auch er weiß nichts anderes, als den Gegner Arbeiterzerpflüchter, Dummheit und Bosheit vorzuwerfen. Es behauptet eigentümlich, wenn Fräßdorf als ausgesprochener Vertreter des Klassenkampfes in seinem Verbandsorgan sich auf die Anwesenheit von zahlreichen Arbeitgebervertretern auf der Kölner Generalversammlung des sozialdemokratischen Hauptverbandes beruft. Gewiß waren auch Arbeitgebervertreter dort anwesend, jedoch warum? Weil eben nichts anderes bestand und die Einführung der K.-V.-D. in allen ihren Teilen kurz bevorsteht. Aus diesem Grunde waren damals auch eine Anzahl national gesinnter Arbeitnehmervertreter, die die Tendenz des Fräßdorfschen Verbandes nicht kannten, zu der Generalversammlung erschienen. Daß dieses in Zukunft anders wird, dafür soll gesorgt werden. Komisch wirkt die Beteuerung des Herrn Fräßdorf, daß sein Hauptverband und die ihm angegliederten Provinzial- und Bezirksverbände politisch neutral seien. Als ob die Sozialdemokratie sich schon je an einer Stelle als neutral erwiesen hätte! Der Fräßdorfsche Hauptverband und seine Provinzialverbände sind ebenso neutral wie die „freien“ Gewerkschaften „politisch neutral“ sind. Das heißt, sie sind solange politisch neutral, wie es der politischen Sozialdemokratie nützt und in den Kram paßt. Der beste Beweis, daß der Fräßdorfsche „Hauptverband“ sozialdemokratisch geleitet wird, ist die glatte Ablehnung der Reichsversicherungsordnung durch ihn, derselben Reichsversicherungsordnung, die ca. 7 000 000 Arbeiter neu in die Versicherung einbezieht und ca. 200 000 000 Mark an Mehraufwendungen pro Jahr für die Arbeiter bringt. Das Negationsprinzip des „Hauptverbandes“ ist nunmehr auch von vielen Krankenkassen erkannt worden, sie wenden sich daher von diesem „Hauptverbande“ ab und den neuen „Gesamtverbande deutscher Krankenkassen“ (S. 10) zu.

Katholische kaufmännische Vereine und Konsumvereinsfrage. In der Erklärung des Verbandes der katholischen kaufmännischen Vereine gegen den Beschluß des Dresdener Kongresses betreffs Konsumvereinsfrage war u. a. auch behauptet, daß man selbst in den Reihen der christlichen Gewerkschaften mit der angenommenen Resolution nicht einverstanden wäre. Wir haben in der vorigen Nummer schon darauf hingewiesen, daß diese Behauptung vollständig deplaziert ist. Tatsache ist aber, daß viele Mitgliederkreise der K. V. D. mit der Konsumvereinsgegnerischen Stellungnahme ihrer Verbandsleitung im höchsten Grade unzufrieden sind, wie wir mit einer Anzahl von Äußerungen, die an uns gelangt sind, beweisen können. So schreibt uns ein führendes Mitglied der K. V. D. unterm 9. November, daß die oben erwähnte Erklärung des Vorstandes und Verwaltungsrates die Stellung nur eines Teiles der Verbandsmitglieder wiedergibt, der größere Teil der Angestellten-Mitglieder (der Verband der K. V. D. hat Angestellte und Prinzipale als Mitglieder. D. M.) sei entgegengesetzter Ansicht. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Sie werden fragen, warum diese denn ihre gegenwärtige Meinung nicht in dem Verbandsorgan zum Ausdruck bringen. Ich antworte, weil auch diese — wie Sie erkannt haben, daß es leider nicht möglich ist, mit den unseren Vorstand und Verwaltungsrat zu den Konsumvereinsgegnern treibenden Vertretern der extremen Mittelschicht über genannte Frage eine sachliche Auseinandersetzung zu pflegen, noch zur Verständigung gelangen. — Nicht viele unserer Angestelltenmitglieder, die Nutzen aus den Konsumvereinen ziehen, beklagen es, daß uns in unseren Konsumenten-Interessen vom eigenen Verband — dem wir namentlich der idealen Interessen wegen anhängen — Schaden zugefügt wird. Noch mehr aber beklagen wir es, daß wir Angestellte, als größeres Teil (s. 2. Seite) des Verbandes, herhalten müssen, um die Bedeutung der von obigen Herren behaupteten Konsumvereinsgegnerischen Haltung zu erhöhen. — Es sollte nicht freuen, wenn Ihre den Herren gegebene treffende Antwort diese zur Enttäucherung bringen würde. Wenn jemand aus unserem Verband den christlichen Gewerkschaften wohlwollend gegenüber steht, so sind es die Angestellten. Andere, z. B. Verbandsbrüder Kuratus Wilmshaus, sind nichts weniger als gewerkschaftsfreundlich. — Im Vergleich des letzteren Schrift über das Christen-

tum der christlichen Gewerkschaften.) — Warum ruft man vor Abschließung so weittragender Verlautbarungen gegen die christlichen Gewerkschaften nicht den paritätisch zusammengesetzten Verbandsausschuß oder die Generalversammlung an? Es ist charakteristisch, daß man sich mit der alleinigen Zustimmung vom Verwaltungsrat und Vorstand begnügt. — Ich wollte nicht verhehlen, Ihnen mein Bedauern zum Ausdruck zu bringen darüber, daß obige Erklärung gegen Sie in die Zeitungen gebracht worden ist. Daß ich nicht vereinzelt dastehe, wollen Sie daraus ersehen, daß ich Vorsitzender des hiesigen kath. Kaufm. Vereins und Angestelltenvertreter eines großen Bauverbandes im Verbandsausschuß der I. I. B. bin. — Ich gestatte Ihnen, von dieser Zuschrift Gebrauch zu machen.

Das dürfte genügen, um die Konsumvereinsfeindliche Erklärung des Verbandes I. I. B. auf ihren wahren Wert zurückzuführen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Mülheim-Ruhr** (Sperrung über die Firma Kurth und Hoffmann wegen Nichtinhaltung des Tarifs) **Cöln** (für Plattenleger die Zwischenweiser Gesellen) **Geislar** (Fliesenleger) (Sperrung über die Firma Hünnebed & Co.) **Berlin** (Dachdecker). Seit 26. Juli allgemeine Dachdeckerstreikung. **Witburg**, Eifel (Sperrung über die Firmen Garson jr. und sen. wegen Maßregelung). **Abbenbüren** (Sperrung über den Bauunternehmer Wufmann wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages). **Hamm** (Weiß) (Streik der Stullateme). Zugang ist fernzuhalten.

Dachdecker.

Sum Kampf im Berliner Dachdeckergerwerbe.

Nach löschlicher Dauer mußte der Kampf abgebrochen werden, da nach Lage der Verhältnisse ein weiterer Kampf zwecklos war. Die Arbeit konnte am 11. November wieder aufgenommen werden. Steinmeister, Unorganisierte und „Arbeitswillige“ stellten den Arbeitgebern genügende Arbeitskräfte, um die notwendigen Arbeiten fertigzustellen. In letzter Zeit wurde versucht, mit den Arbeitgebern Verhandlungen anzubahnen. Es wurde uns ein Tarifentwurf vorgelegt mit folgenden Grundbedingungen: 1. Wiedereinführung der neunstündigen Arbeitszeit, 2. Wegfall des Jahrgeldes in Berlin und den Nachbarbezirken und 3. für Hilfsarbeiter einen Stundenlohn von 55 Pf. Der Stundenlohn der Dachdecker bleibt 65 Pf. Sollte im Frühjahr jedoch der Lohn der Maurer und Zimmerer erhöht werden, so erhöht sich der Lohn der Dachdecker um ebensoviel, so daß der Dachdeckerlohn stets 5 Pf. mehr beträgt als der der Maurer und Zimmerer. Die Annahme dieser Grundbedingungen war die Voraussetzung für weitere Verhandlungen. Eine gemeinschaftliche Tarifkommission beider Organisationen beschloß nach reichlicher Prüfung der ganzen Sachlage, den Mitgliedern die Annahme der Grundbedingungen zu empfehlen. Es kam jedoch ein einheitlicher Beschluß nicht zustande. Die Arbeitgeber haben deshalb beschlossen, noch keine organisierten Dachdecker und Hilfsarbeiter einzustellen. Es ist deshalb ratam, daß Kollegen, welche zurzeit außerhalb sind, noch nicht nach Berlin zurückkehren. Es ist aber wahrscheinlich, daß in kurzer Zeit nochmals eine Verhandlung mit den Arbeitgebern in einer Kommissionsform stattfinden, so daß es vielleicht doch noch gelingt, zu einer tariflichen Daseins im Berliner Dachdeckergerwerbe zu kommen.

Fliesenleger.

Coblenz. In der Nr. 46 des „Grundstein“ bringt der Genosse Scherrer, Leiter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes in Coblenz, eine Erwiderung auf unseren Bericht in der „Baugewerkschaft“ bezüglich der Fliesenleger in Coblenz. Genosse Scherrer gibt nur den Tarifband ihrerseits zu, bestreitet aber, daß noch andere Genossen außer Verressem daran beteiligt gewesen seien. Wir wissen ja, daß es den Genossen schwerfällt, die Wahrheit zu sagen, und wollen wir aus diesem Grunde etwas nachhelfen. Der Genosse Verressem hat ausdrücklich in unserer Gegenwart gesagt, er hatte das Angebot geschrieben. Und Genosse Steinbach (der Vorsitzende der roten Fliesenlegersektion) hat neben mir gestanden und war damit einverstanden, weiter waren noch zwei Genossen damit einverstanden. Die Betreffenden haben das in unserer Gegenwart zugegeben. Genosse Verressem hat auch in dem Schreiben an Dörstein angeführt, daß er das Angebot im Einverständnis noch dreier Kollegen machte, Namen sind angeführt. Dann führt Genosse Scherrer an, die Christen sind aber die ersten gewesen, die den Vertrag gebrochen und billiger gearbeitet haben. Das ist nun bei den Genossen selbstverständlich: ihr Verhalten mag noch so arbeiterschädlich sein, trotzdem sind es immer die bösen „Christen“, die es zuerst gemacht haben. Aber warum führt Genosse Scherrer keine Namen und die Baustelle an, wenn man seinem Geschreibsel glauben schenken soll? Die Christlichen haben vor dem Unternehmer erklärt, daß sie den tariflichen Lohn auf ihren Akkordzettel bei der Abrechnung geschrieben hatten, daß ihnen aber vom Unternehmer gesagt worden wäre, die „Genossen“ hätten die Platten billiger, und zwar für 30 % gekostet, mithin könnte er ihnen auch nicht mehr geben. Unsere Kollegen hatten nur einen Betrag von 10 % drinstehen, während Genossen mit 18 % und mehr dabei waren. Es ist auch etlichen von den Genossen, die sie angefangen hatten, gesagt worden, sie bekämen nur 2,90 M, während unseren Kollegen erst bei der Abrechnung gesagt worden ist, sie bekämen nicht mehr, die „Genossen“ legten sie auch für diesen Preis. Wir können auch die betreffenden Namen nennen. Nun ging man her hin und bot sich schriftlich an, noch 30 Pf. billiger zu arbeiten, und zwar für 2,60 M das Quadratmeter, was das im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der roten Fliesenlegersektion, Steinbach, und noch zweier Kollegen. Daran ist nichts mehr zu deuteln. Die Sache

war nun schon acht Tage passiert, und der Genosse Scherrer, der so für die Durchführung der Verträge eintritt, hatte hier noch keine Regelung getroffen. Ja, wenn die Taten der Genossen immer mit ihren Worten übereinstimmen! Aber das ist nicht der Fall, sie behaupten wohl, nur durch ihr Eingreifen sei die Sache geregelt worden. Aber zu den Unternehmern sagt man: die Christlichen bulden nicht, daß wir Platten zu dem Preise legen. Das besagt wahrlich genug. Es sind rote Platt-Neiger zu uns gekommen, die sagten, es sei gut, daß der Schwindel auf ihrer Seite mal aufgedeckt worden wäre. Das hat uns einmal einen Blick hinter die Kulissen tun lassen. Im übrigen sind wir bei der Abschließung des Vertrags gerade so gut, ja noch besser tätig gewesen, als die Genossen, und sind auch immer für die Durchführung der Verträge in Coblenz eingetreten. Wir wüßten nicht, wo der Genosse Scherrer mal die Interessen unserer Kollegen vertreten hätte, das wird auch gar nicht von ihm verlangt. Wohl hat er schon mehrmals uns zu hinterlistigen versucht, um dann die Leitung zu verdächtigen und unsere Kollegen auf seine Seite zu locken. Aber damit hatte er gründlich Pech. Wir hätten auf den ganzen Artikel nicht mehr geantwortet, da Scherrer ja im Grunde genommen den Tarifbruch ihrerseits zugibt, wenn er am Schluß nicht versucht, die hiesige Zeitung unseres Verbandes herunterzusetzen. „Wir müssen schlecht sein wie die Nacht“, so denkt anscheinend auch der Genosse Scherrer. Mag aber Genosse Scherrer mal bei seinen Mitgliedern herumhören, was die von seiner Strategie halten. Unsere Kollegen sehen vollständiges Vertrauen in ihre Zeitung, das beweist die stete Weiterentwicklung unserer Organisation im hiesigen Gebiete. Daß aber auch die hiesige Zeitung etwas für die Kollegen tut, das beweisen die vielen Lohnbewegungen, die in diesem Jahre im hiesigen Gebiete von uns geführt worden sind. Also vorwärts geht es trotz der Verdächtigungen und dem Terrorismus der Genossen.

Verbandsnachrichten.

(Versammlungsberichte sind sofort nach Stattfinden der Versammlung einzufenden. Dieselben sind so kurz wie möglich zu halten, nur das Wichtigste ist anzuführen. Das Papier darf nur auf einer Seite beschrieben werden und es muß an einer Seite ein ca. zweifingerbreiter Rand freibleiben für notwendige Korrekturen.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 24. November, der neununddreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

Eberfeld. (M. B.) Am Sonnabend, den 2. November, fand unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verchiedenes. Den Jahresbericht gab unser Vorsitzender, Kollege Erlinghäuser. Kollege Baujch gab den Kassenbericht. Zu Punkt 2 wurde zunächst ein provisorischer Vorstand gewählt, und zwar die Kollegen J. Frühwirth, J. Meingers und W. Streker. Es wurde jedoch zur Wahl geschritten, und zwar wurden die Kollegen, welche die zweitmeisten Stimmen hatten, als zweite Vorstandsmitglieder ernannt. Es wurden gewählt: Kollege Erlinghäuser erster, Kollege Jos. Dehrichs zweiter Vorsitzender, Mich. Baujch erster, W. Wieseborn zweiter Kassierer, Alois Seelbach erster, J. Jech zweiter Schriftführer. Als Beisitzer wurden die Kollegen S. Meingers und Ant. Jey gewählt; zu Revisoren wurden die Kollegen Mertens, Streker, Landau und Frühwirth gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. In Punkt Verchiedenes hielt Kollege Weinholz eine kurze Ansprache. Er dankte nochmals dem alten Vorstand und forderte die Mitglieder auf, dem neuen Vorstand volles Vertrauen zu schenken, damit unsere Zahlstelle immer weiter vorwärts läme. Kollege Erlinghäuser machte dann noch bekannt, daß sich die Kollegen bei der kommenden Krankenkassenwahl recht zahlreich beteiligen sollen.

Heroldsbach. Am Sonntag, den 10. November, fand hier eine Verwaltungsstellen Sitzung statt. Kollege Döber eröffnete dieselbe mit folgender Tagesordnung: 1. Wie sollen unsere Beiträge abgehalten werden? 2. Festsetzung der Winterbeiträge. 3. Anträge zur Verbands-Generalversammlung. 4. Wünsche und Anträge. Zu Punkt 1: Beschlossen wurde, daß jährlich sechs Sitzungen abgehalten werden, und zwar vier Sitzungen in Forchheim, eine Sitzung in Heroldsbach und eine Sitzung in Hausen. Zu Punkt 2: Der Winterbeitrag wurde auf 15 Pf. pro Woche festgesetzt. Zu Punkt 3: Antrag betreffs Krankenunterstützung, daß die Mitglieder ihre Unterstützung nach der Höhe ihrer Beitragsleistung, abzüglich des Bezirksbeitrags, erhalten. Zu Punkt 4: Es wurde die Bestellung der Jahrbücher in Erinnerung gebracht.

Oberhausen (Rhld.). Am Sonntag, den 10. November, fand hier die Verwaltungsstellen-Ausschußsitzung für das dritte Quartal statt. In Verhinderung unseres ersten Vorsitzenden wurde dieselbe vom Kollegen Mefer-Reumühl geleitet. Vertreten waren 10 Zahlstellen durch 16 Delegierten. Unentschuldig fehlten zwei Zahlstellen. Aus dem vom Kollegen Jestsdt erstatteten Kassen- und Quartalsbericht ist zu entnehmen: Verkauft wurden im dritten Quartal 108 Eintrittsmarken und 7544 Beitragsmarken. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 4052,04 Mark gegenüber 3770,88 M im zweiten Quartal, somit mehr 311,16 M. Im dritten Quartal des Vorjahres betrug die Einnahme für die Hauptkasse 3059,52 M, somit mehr gegen das gleiche Quartal im Vorjahr 1022,22 Mark. Die Ausgaben der Hauptkasse am Ort betrugen: An Rechtschutz 35 M, an Krankenunterstützung in zehn Fällen und für 258 Tage 155,50 M, an Sterbenunterstützung in einem Fall (Mitglied) 40 M, in einem Fall (Frau) 48 M und 5 M an Militärunterstützung. Gesamt Ausgabe 283,50 M. An die Zentrale wurden eingesandt 3798,54 M. Die Einnahme der Lokalkasse inkl. Kassenbestand vom zweiten Quartal betrug 2479,49 M. Dieser steht eine Ausgabe von 1209,50 M gegenüber, bleibt

somit Kassenbestand 1269,99 M. Aufgenommen wurden 117 Kollegen, davon acht vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband übergetreten. Die Mitgliederzahl ist gegenüber dem zweiten Quartal infolge der geringen Arbeitslosigkeit in einigen Zahlstellen zurückgegangen, in der gesamten Verwaltungsstelle jedoch gestiegen. Nach Lage der Verhältnisse kann die Entwicklung der Verwaltungsstelle als befriedigend angesehen werden. Es hätte jedoch noch besser sein können, wenn dem Bau-delegiertenwesen die nötige Beachtung von Seiten der Kollegen geschenkt würde. Hier muß mehr geleistet werden. In Hamm, wo es die Verhältnisse fordern, daß mehrere Zahlstellen bestehen müssen, haben wir die Einrichtung getroffen, daß jeden Monat für Groß-Hamm eine gemeinschaftliche Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung stattfinden muß. Soweit diese stattgefunden, haben wir die Erfahrung gemacht, daß diese Einrichtung gute Erfolge für die Organisation bringt. Betreffend der Winterbeiträge wurde einstimmig beschlossen, diese, wie in den Vorjahren, auf 2,40 M bestehen zu lassen. Die im Winter nach der Heimat reisenden Kollegen haben nebst einem einmaligen Beitrag von 1,20 M für jede Woche, welche sie während der beitragsfreien Zeit im Bereich der Verwaltungsstelle arbeiten, 10 Pf. zu zahlen. Die Schlussmarke wird von dem Zahlstellenaffilierer selbst verabfolgt, jedoch nur dann, wenn den obigen Bestimmungen betr. W...beitrag genügt ist. Kollege Jestsdt hielt einen kurzen instruktiven Vortrag über innere Verwaltung, besonders hervorhebend die Notwendigkeit einer geordneten Buchführung und pünktlicher Abrechnung mit den Hausaffilierten und mit dem Verwaltungsstellenaffilierer. Ein Antrag auf Erhöhung des Eintrittsgeldes wurde dahin erledigt, daß als Mindestbeitrag 1,50 M abschließend eines Wochenbeitrags festgesetzt wurde. Ein höheres Eintrittsgeld zu erheben, bleibt, je nach den örtlichen Verhältnissen und im Einverständnis mit dem Verwaltungsstellenvorstand, den einzelnen Zahlstellen überlassen. Im weiteren wurde darauf hingewiesen, unsere Mitglieder anzuhalten, sich mehr als bisher den konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen anzuschließen. Mit einem eindringlichen Appell an die Delegierten, dafür zu wirken, daß das Gehörte sowohl wie auch die Beschlüsse in die Tat umgesetzt würden, schloß der Vorsitzende die sehr anregend verlaufene Sitzung. Kollegen, auch das dritte Quartal hat uns wieder vorangebracht. Wir haben die Zahl unserer Mitglieder erheblich erhöht, doch eine große Zahl von unorganisierten Bauarbeitern ist noch vorhanden. Jeder muß hier mitarbeiten, diese unserem Verband zuzuführen. Nur noch einige Wochen trennen uns von dem Beginn der Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages. Die Stärke der Organisation wird hierbei großen Einfluß haben. Benutzen wir daher die uns noch zur Verfügung stehende kurze Zeit zu intensiver Agitation auf den Arbeitsstellen. Mut und Ausdauer führen hierbei zum Ziel.

Kollshauen. Den wieder zureisenden Kollegen wird in Erinnerung gebracht, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, sich wieder sofort anzumelden. Es darf nicht wieder vorkommen, daß sich Kollegen kurz vor ihrer Abreise, oder wenn sie an ihre Pflicht erinnert werden, sich anmelden. Ertliche haben es überhaupt nicht für nötig gehalten, das Statut in dieser Hinsicht zu erfüllen. Das muß entschieden besser werden. Andreas Bede, Kassierer.

Die Bauarbeiter in den deutschen Kolonien.

(Nachdruck verboten.)
K. Die soeben erschienenen Aunlichen Jahresberichte: „Die deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee 1910/1911“, herausgegeben vom Reichs-Kolonialamt, geben auch interessante Aufschlüsse über die Lage der Bauarbeiter in den deutschen Schutzgebieten.

Was zunächst Deutsch-Südwestafrika angeht, so mußten bei der Dringlichkeit der Bauten bei Beginn des Berichtsjahres (April 1910 bis April 1911) außerordentlich hohe Preise bezahlt werden, welche die Preise des Vorjahres bis zu 50 v. H. überstiegen. Allerdings waren im Vorjahre infolge des damaligen Rückganges in den Privat- und Truppenbauten nur sehr niedrige Preise für Akkordarbeiten gefordert worden, so daß der damalige Bericht die Konstatierung machte: „Der Verdienst der Bauunternehmer war sehr gering, da die im Tagelohn beschäftigten Gesellen von ihren früheren hohen Lohnforderungen nicht abgehen wollten. Grundursache dieses Mißverhältnisses war die Verteilung aller Arbeiten auf eine kurze Bauzeit. Es mußten so die Gesellen in der arbeitsreichen Zeit eine Entschädigung für die arbeitslose Zeit zu erreichen suchen. Zeitweise waren daher Handwerker gesucht, zeitweise über Bedarf vorhanden.“ Auch für das gegenwärtige Berichtsjahr haben die amtlichen Berichte die Höhe der Bauarbeiterlöhne hervor: Die Lohnforderungen der bei den Unternehmern im Tagelohn beschäftigten Gesellen waren auch in diesem Jahre sehr hoch. Der Lohn für einen Maurer und Zimmermann betrug 15—20 M pro Tag; im Vorjahre wurden für die Maurer zum Teil Löhne von 18—22 M pro Tag bezahlt; die Nachfrage nach tüchtigen Handwerkern ist dauernd sehr stark gewesen. Auch die Unternehmer stellen, besonders in Windhut, sehr hohe Forderungen für Arbeitsleistungen, und erhielten solche auch zu Beginn des Jahres bezahlt. Um ihre Forderungen sicherer durchzubringen, hatten sie Vereinigungen für die verschiedenen

Handwerke gebildet, in denen die Mindestforderungen für alle Arbeiten verabredet wurden. Am Schlusse des Jahres ließen die Unternehmerforderungen allerdings wieder sehr nach. Die Vergebung aller Arbeitsleistungen erfolgte auf Grund öffentlicher Ausschreibung im Aktord zu vereinbarten Preisen in nach Handwerken getrennten Losen, wobei die Baumaterialien von der Bauverwaltung gestellt wurden. Die Methode dauerhafterer Bauarbeiten wurde überall weiter durchgeführt und nach Möglichkeit noch verbessert. Alle Neubauten in Windhut wurden massiv, in den Fundamenten aus Bruchstein und im aufgehenden Mauerwerk aus Kementsandziegel in Kalkmörtel ausgeführt.

Es mögen auch einige Bemerkungen über die Bauarbeiten beim Umbau der Eisenbahn Karibib-Windhut nebenbei eingeschoben werden. Für die Erdarbeiten konnte das Bau- und Betriebskonsortium Eingeborene (Kaffern, Herero, Ovambo) nur in geringer Zahl beschaffen und warb daher die weitaus größte Zahl der Arbeiter in der Kapkolonie an, die auf 3-12 Monate verpflichtet wurden. Diese aus Transkei (Kapkolonie) stammenden Eingeborenen stellen aber ein recht schwer zu behandelndes Arbeiterpersonal dar, wie die Vorgänge bei Wilhelmstal zeigten. Diese hatten ihre Ursache in den Schwierigkeiten, welche sich in der Behandlung der Transkeikaffern bei der Lohnberechnung, Beföstigung usw. ergaben, und die erst durch Anstellung eines staatlichen Eingeborenenkonsultanten, der die Vermittlung zwischen den Kaffern und der Firma übernahm, gemildert wurden. Ein starker Rückgang der Arbeitsleistung der verstimmten Kaffern war die Folge des Konflikts gewesen.

Für die Spreng- und Maurerarbeiten bei diesem Bahnbau sowie für den Zusammenbau der Brücken, der Betriebsmittel und für besondere Arbeiten mußten weiße Arbeiter eingesetzt werden. Mit den Hochbauten auf Bahnhof Windhut, wie auch auf Bahnhof Aris, wurde erst nach Schluß des Berichtsjahres (April 1911) begonnen.

Was den Bau der Südstrecke der Nord-Südbahn anlangt, so hatte die Baufirma bei der Beschaffung farbiger Arbeiter Schwierigkeiten, die indessen später behoben werden konnten. Die farbigen Arbeiter stammten fast durchweg aus der Kapkolonie. Von Eingeborenen Deutsch-Südwestafrikas waren nur etwa 170 beim Bau beschäftigt. An weißen Beamten und Arbeitern wurden 100 Reichsdeutsche und 110 Ausländer, zum Teil kroatische Maurer, beschäftigt. Bei Stationsgebäuden wurden bisher zwei Normaltypen zur Ausführung gebracht, nämlich Gebäude mit vier Säulen und Gebäude mit drei Säulen.

Was Deutsch-Ostafrika anlangt, so war im Hochbauwesen sowohl eine ziemlich vollständige Bautätigkeit zu verzeichnen, als auch war die Betriebsamkeit eine sehr rege. Die Eisenbahnunterhaltung machte sich besonders in der Verlängerung der Zentralbahn geltend. Wie schon im vorhergehenden Jahre, so lenkte auch in diesem Jahre die Bauverwaltung ein besonderes Augenmerk auf die Unterhaltung und Verpflegung der Arbeiter. An allen großen Arbeitsplätzen entstanden Eingeborenen-Lazarets. Mitteln für die Bauarbeiter und Anwerbskräfte für die Träger. Die Verpflegung wurde nach Maß in Geld oder möglichst vielseitig in Lebensmitteln gewährt (Weis, Fleisch, Mehl, Kaffee und als Zusatz: Hirse, Bohnen, Rohhoh, Salz, Feijoa). Die Hauptnahrung bildete Weis aus Indien. Die Arbeitsfruchtbarkeit der Eingeborenen war eine überraschend rege. Schwierigkeiten ergaben sich bei der Beschaffung von Baumaterialien, besonders von Zement. Transportversuche mit Gestein und Zement scheiterten, man mußte daher die Baumaterialien auf 30 km Entfernung auf Trägerdächern herbeiführen. Für die Stationen kamen dutzendweise eigene Gebäude zur Ausführung.

Dem Bahnbau der verlängerten Nambarabahn war der Zugang an Erdarbeitern, dank der guten Anwerbeorganisation, betriebliegend. Die Leute erhielten neben ihrem Tagelohn Verpflegung (Kostlos), welche zum überwiegenden Teil aus Weis besteht. Mindestens einmal im Monat wurde Fleisch verteilt. In geringem Maße wurden auch Bohnen und Maismehl verabreicht.

Dem Bau der Stationen damit fortgefahren wurde, auf den Stationsgebäuden vorhandene Grundhäuser durch Wellblech- oder Ziegeldächer zu ersetzen, zu welchen Zweck die Regel meist im eigenen Betriebe der Stationen hergestellt wurden. In Dar-es-Salaam entstand eine Reihe von Wohn- und Geschäftshäusern, die jedoch noch nicht zur völligen Behebung des Wohnungsmangels hinreicht. In einer Reihe Bezirke wurden auf vorhandenen Grundstücken die her vorzuziehenden Gebäude fertiggestellt. Von den öffentlichen Bauten zu erwähnen wir die Errichtung eines Hauses für die Handwerkerkassen. Die Förderung der Handwerkerkassen liegt der Verwaltung überhaupt sehr am Herzen, da es an tüchtigen farbigen Handwerkern noch

überall mangelt. Auch die Missionen wenden meist der gewerblichen Tätigkeit, besonders der Tischlerei und Zimmerei, ihren besonderen Eifer zu.

Was die Anzahl der Gesamtarbeiterschaft in Deutsch-Ostafrika betrifft, so sei bemerkt, daß 57 526 auf die Pflanzungsunternehmungen, 1915 auf bergbauliche und 1345 auf industrielle Betriebe entfallen. Weiter waren bei dem Bau der Zentralbahn 14 500, bei dem der Nambarabahn 6900 Arbeiter beschäftigt.

Die weiße Bevölkerung bezifferte sich auf insgesamt 4227 Personen. Davon entfielen auf die männliche erwachsene Bevölkerung 2849 Mann, darunter 356 Techniker, Bauunternehmer, Ingenieure, Maschinenisten usw., ferner 293 Handwerker, Arbeiter, Bergleute usw. Im allgemeinen ist fast in allen Bezirken ein Bevölkerungszuwachs an Weißen zu konstatieren, nur zwei Bezirke machen eine Ausnahme und zeigen einen Rückgang. Diese Verschiebungen haben ihre Ursache in dem Fortschreiten der Hochbauten und im Weggang des Baupersonals.

In Kamerun wurden die amtlichen Hochbauten zum Teil vom Gouvernement, zum Teil durch Unternehmer ausgeführt; der Ausbau der Stationen nahm den programmäßigen Verlauf. Wo neue Posten entstanden, mußte man sich mit Bauten aus Baumaterial behelfen. Bei den Bauarbeiten der Mittellandbahn sind an allen größeren Arbeiterplätzen Hütten, an drei Plätzen auch Lazarets für die Eingeborenen errichtet. Die Verpflegung wird für die meisten Eingeborenen von der Baufirma geliefert, und zwar in der Hauptsache Reis, getrocknete Fische, Maniok, Palmöl und Salz, daneben auch Kafabo, Süßkartoffeln, Bohnen, Erbsen und Linsen.

In Togo war neben der öffentlichen Bautätigkeit auch die private Bautätigkeit, dank der günstigen Geschäftslage, eine sehr rege. Die Werkstätten des Gouvernements, wo u. a. auch 30 Gesellen und 18 Lehrlinge der Zimmerleute und Tischler beschäftigt waren, wurden, wie schon früher, sehr stark in Anspruch genommen. Straßen-, Brücken- und Wasserarbeiten wurden weiter durchgeführt. Daß bei den Straßenbauten der Stadt Lome auch Gefangene Verwendung fanden, mag nebenbei erwähnt sein.

Von besonderem Interesse dürften die bereits aus dem Vorjahre stammenden detaillierten Berichte über Handwerk und Hausindustrie der Eingeborenen in Togo sein. In Lome wurden am 1. Januar 1910 gezählt: 137 Tischler und Zimmerleute, 40 Maurer, 32 Bootleute usw. In Aneho ist am bekanntesten das Tischler- und Zimmermannshandwerk, das hier in der Stadt selbst 78 Personen betreibt, dann folgen die Schneider mit 38 Personen, die Maurer mit 27 Personen, die Räder mit vier Personen usw. Noch weit mehr Handwerker, die aus Aneho stammen, sind auswärts tätig, und viele suchen lohnreicheren Verdienst in anderen Kolonien. Die Herstellung von Zirkeln für den Bedarf Anehos ernährt überwiegend die Dörfer Saliwe und Mutobhe. In den Ronudörfern steht die Tischlerei auf verhältnismäßig hoher Stufe. Im Bezirke N'ahöhe wurden europäische Handwerke in folgendem Umfange ausübt: Brettläger 73, Maurer 17, Tischler 86, Riegler 3, Bahnbauer 8, Zimmerleute (Bauunternehmer) 5. Im Atakpamebezirk gab es im vorigen Berichtsjahre (ausschließlich der beim Bahnbau angestellten Handwerker) 20 Tischler bzw. Zimmerleute, 20 Maurer, 37 Brettläger usw. Ein großer Teil von Handwerkern ist durch den Bahnbau in Anspruch genommen gewesen.

In Deutsch-Kamerun (altes Schutzgebiet), wo die Eingeborenen vielfach statt Steuern Zwangsarbeiten leisten und die Chinesen immer mehr als Handwerker in Aufnahme kommen, war ebenfalls die Bautätigkeit der öffentlichen Behörden und der Privaten sehr rege. Neben Baumaterial findet auch europäisches Material zu den Bauten sehr mehr Eingang. Erwähnt mag werden sein, daß die Zentral- und katholischen Mission vom Heiligen Geiste über 160 farbige Arbeiter verfügt und auch eine Zementzegelei, Antreibereien usw. leitet. Die Verwaltung ist darauf bedacht, die Eingeborenen zu weiteren Handwerken zu veranlassen.

Was Samoa erfahren wir aus den amtlichen Berichten, das Hochbau-, Hafenverbesserung und Hochbau sich besonderer Fürsorge erfreuen. Ueber die Arbeitsverhältnisse in Apia war im vorjährigen Bericht zu lesen, daß bei der zunehmenden Bauauf der Mangel an genügend vorgebildeten Handwerkern sich bemerkbar machte; infolgedessen beanspruchten die wenigen Fachleute im Verhältnis zu ihrer Arbeitsleistung zu hohe Löhne. Der Tagelohn schwankte zwischen 16 und 20 M. Für die Ausführung der Hochbauten fanden anfänglich Chinesen zur Verfügung, der Lohn für diese Arbeiter betrug 16-25 M. monatlich neben freier Verpflegung, welche 21 M. monatlich betrug. Neben dem Chinesen in Tagelohn beschäftigt, von denen sich erst später eine genügende Anzahl zur Arbeit stellte. Der Tagelohn für diese betrug 2,00-3 M. ohne Verpflegung.

Wehrlich waren die Löhne auch in diesem Berichtsjahre. Als ständige Arbeiter standen für die öffentlichen Arbeiten die chinesischen Vertragsarbeiter (durchschnittlich 28 Mann) und die samoanischen und chinesischen Strafgefangenen zur Verfügung. Der Lohn der chinesischen Arbeiter betrug wieder monatlich 15-25 M. neben freier Verpflegung. Sie fanden in der Hauptsache Verwendung bei der Wegeunterhaltung und bei den Arbeiten zur Freihaltung der Zollwerft, daneben wurden sie auch bei einigen Wegeneubauten beschäftigt. Mit den samoanischen und chinesischen Strafgefangenen wurde die Wegereinigung ausgeführt, auch fanden sie Beschäftigung bei Hochbauarbeiten und bei der Gewinnung von Korallenschotter für den Straßenbau. Für die Ausführung der übrigen Wegearbeiten wurden Samoaner im Tagelohn beschäftigt, der wieder, wie im Vorjahre, 2,75-3 M. ohne Verpflegung betrug.

Der Arbeiterfrage, die für die wirtschaftliche Entwicklung unserer gesamten Schutzgebiete von ausschlaggebender Bedeutung ist, wendet die Regierung mit Recht ihre volle Aufmerksamkeit zu. Mißgriffe in der Anwerbung und Behandlung der Arbeiter wirkt sie, soweit es in ihrer Macht steht, entgegen. Sind doch gerade auch die farbigen Arbeiter gegen derartige Mißgriffe besonders empfindlich. Für sie kommen als Anreiz zur Arbeit vielfach in erster Linie nicht so sehr hohe Löhne, als vielmehr eine gute Versorgung mit Nahrung und Unterkunft, nicht übermäßige Anforderungen und ein verständnisvolles Eingehen auf die vielen kleinen Anliegen der Arbeiter in Betracht. Wo Bahnbauunternehmer etwa über Arbeitermangel zu klagen hatten, war dies hauptsächlich durch mangelndes Verständnis für die Behandlung der farbigen Arbeiter verursacht.

Zum Schlusse seien noch aus dem einleitenden überblicklichen, allgemeinen Bericht über die Entwicklung der Schutzgebiete im Berichtsjahre die zusammenfassenden Darlegungen über die Weiterführung der öffentlichen Arbeiten und Bauten angefügt.

Im öffentlichen und privaten Hoch- und Tiefbauwesen wurde in einzelnen Schutzgebieten eine rege Tätigkeit entfaltet, so in Togo im Wegebau, Brücken- und Häuserbau, desgleichen in Kamerun, wo auch für Flußkorrekturen im Rahmen der bescheidener verfügbaren Mittel etwas geschafft, und in Neu-Guinea. In Samoa ist der systematische Ausbau des Wegenezes auch im Berichtsjahre eifrig fortgesetzt worden. Eine sehr rege Bautätigkeit zeigt sich auch in Ostafrika, wo zugleich mit dem Hafenausbau in Tanga begonnen wurde. In Südwestafrika erstreckte sich die Bautätigkeit auch auf eine Reihe von amtlichen Gebäuden. Dazu kommen die öffentlichen Arbeiten wasserwirtschaftlicher Art, die bei der Trockenheit des Jahres eine ganz besondere Steigerung erfuhren. Die Verwaltung stellt ihre Arbeitskräfte und ihre Einrichtungen in liberalster Weise den Farmern für Wasserbohrungen zur Verfügung, um wenigstens den allerdringendsten Bedürfnissen gerecht zu werden und eine Notlage zu verhüten.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Ein Rundschreiben des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe vom September d. J. bringt der „Zimmerer“ in seiner letzten Nummer, das so bemerkenswert ist, daß wir es unseren Mitgliedern nicht vorenthalten zu dürfen glauben. Es lautet:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.
Geschäftsamt: Berlin W 9, Vinkstraße 32.
Sehr wichtig! Berlin, den 3. September 1912.

An die Herren Vorsitzenden sämtlicher dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe angeschlossenen Arbeitgeberverbände.

Dem Bundesvorstand ist bekannt geworden, daß die Arbeiterorganisationen hier und da schon jetzt versuchen, über die Erneuerung der erst Ende März 1911 ablaufenden Tarifverträge mit unseren Verbänden zu verhandeln. Es liegt auf der Hand, daß der vorzeitige Abschluß einzelner Verträge die Lage unseres Bundes bei den im nächsten Vierteljahr stattfindenden Verhandlungen mit den Führern der Arbeiterzentralverbände über die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses auf gemeinsamer Grundlage und mit gleichen, für alle geltenden Ablaufterminen sehr erschweren, ja unsere Stellung den Arbeitern gegenüber außerordentlich verschlechtern würde. Wir ersuchen Sie daher dringend, eine Verlängerung der bisherigen Tarifverträge oder einen Abschluß neuer Verträge für die Zeit vom 1. April 1913 ab, sowie jede Verhandlung darüber unbedingte so lange zurückzuweisen, als Ihnen nicht eine Anweisung der Bundesleitung oder Ihres Bezirksverbandes zugeht.

Mit den vorzeitigen Verhandlungen hoffen die Arbeiterorganisationen, die bekanntlich selbst ihre Forderungen bis zum letzten Augenblick zurückhalten pflegen, einen Einblick in die Pläne der Arbeitgeber zu gewinnen und diese Kenntnis dann zu ihrem Vorteil auszunutzen. Die planmäßige auf die Fortsetzung der Arbeitgeberverbände gerichtete Politik der Gewerkschaften muß durch strenge Beachtung aller vom Bundesvorstand gegebenen Anweisungen seitens unserer Verbände durchkreuzt werden. Unsere Verbände können dem Bundesvorstand volle Vertrauen entgegenbringen, er besteht aus Männern

die es als ihre wichtigste Aufgabe betrachten, die Rechte der Arbeitgeber und den Arbeitsfrieden zu erhalten.

Das Ergebnis der Verhandlungen des Bundesverbandes mit den Arbeiterführern wird wesentlich davon abhängen, wie sich die Konjunktur im Baugewerbe im Winter 1912/13 und im Frühjahr 1913 gestaltet.

Wenn Sie nun vorläufig durch Tarifverhandlungen noch nicht in Anspruch genommen werden, so werden diese doch Anfang des nächsten Jahres nicht ausbleiben.

Weiterhin ist es erforderlich, daß Ihr Verband im Hinblick auf die vielleicht kommenden Auseinandersetzungen mit den Arbeiterorganisationen immer wieder seine Mitglieder anweist, auf allen Angeboten, Kostenaufschlägen, Verträgen usw. die Streiklausel aufzudrucken.

Arbeitsniederlegung oder Aussperrung der Arbeitnehmer im Baugewerbe oder in einem für die Erfüllung des übernommenen Werkvertrages erforderlichen Betriebe bewirkt die Verlängerung aller Fristen um die Dauer der Arbeitsniederlegung oder Aussperrung, ohne daß deshalb der Vertrag einseitig rückgängig gemacht oder Schadenersatz gefordert werden kann.

Gummistempel mit diesem Wortlaut können zum Gadruppreiße vom Verband der Bauarbeitgeber in Leipzig, Hohestr. 5a, bezogen werden.

Endlich macht es der bevorstehende Tarifablauf notwendig, daß alle Arbeitgeber auch an die finanzielle Stärkung ihrer Verbände erinnert und ermahnt werden, alle etwa noch rückständigen Beiträge unverzüglich an ihre Verbände zu bezahlen.

Zu statistischen Zwecken bitten wir, uns auf dem anliegenden Fragebogen auch mitzuteilen, in welcher Höhe Ihre Mitglieder gegenwärtig Beiträge zu zahlen haben.

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe: Enke.

Bis spätestens 20. September abzusenden. An den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe Berlin W 9, Linienstraße 32.

Table with 2 columns: Question/Category and Answer/Field. Categories include: Name des Verbandes, Zahl der Mitglieder, Zahl der im Verbandsgebiet befindlichen, dem Verband nicht angeschlossenen Baugeschäfte (rund), Die Bauartigkeit war im Verbandsgebiet im Sommerhalbjahr 1911 im Winterhalbjahr 1911/12 im Sommerhalbjahr 1912 (gut, normal, schlecht), Die Bauartigkeit scheint zu werden im Oktober bis Dezember 1912 im Januar bis März 1913 im April bis Juni 1913, Die ist gegenwärtig Bedarf und Angebot an Maurern an Zimmerern an Hilfsarbeitern, Welchen Mitgliederbeitrag zahlen die Verbandsmitglieder (ohne Wehrschlagsbeitrag) an den Verband?, Unterschrift des Vorsitzenden.

Das kann unseren Mitglieðern recht viel zu denken geben.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Wahlen zu den Krankenkassen. Geheimrat Lehmann rät in seiner Zeitschrift „Der Versicherungsmitglieðer“ den Krankenkassen an, sie sollten vorläufig von den Wahlen zu den Krankenkassen absehen, da mit einem Beschlusse des Bundesrates gerechnet werden müßte, wonach die Amtsdauer der Krankenkassenvertreter bis zum Schlusse des Jahres 1913 verlängert wird.

es wird also in nächster Zeit genug gewählt, so daß wirklich eine Wahl zu den Krankenkassen jetzt ruhig ausfallen könnte, zumal die zu wählenden Vertreter doch nur eine verhältnismäßig kurze Zeit wegen der Neueinführung der Reichsversicherungsordnung amtierenden können.

Krankenkassen und Reichsversicherungsordnung. In Krankenkassenkreisen wird vielfach die Meinung vertreten, daß die neuen Satzungen, welche die Krankenkassen nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nunmehr aufstellen müssen, in gleicher Weise zu behandeln wären wie Satzungsänderungen.

Soziale Wahlen.

Beuthen D.-S. Einen glänzenden Sieg haben die christlichen Gewerkschaften, einschließlich der katholischen Arbeitervereine, bei den Vertreterwahlen der Ortskrankenkasse B Beuthen D.-S. erzielt, indem sie mit 138 Stimmen gegen 115 Stimmen die „Genossen“ aus dem Felde schlugen.

Aus dem Baugewerbe.

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Eubmissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzusenden.)

Bochum. Am Neubau Stadtpart-Restaurant erlitt unser Kollege St. Suhs (Bauhilfsarbeiter) am 9. Nov. beim Transportieren eines Haupteines dadurch eine Verletzung, daß der Hauptein umkippte und S. am Bein erheblich verletzte.

Gerne. (Bauunfall mit tödlichem Ausgang.) Am 19. Oktober stürzte am Neubau Halland in Gerne unser Kollege Franke (Maurer) aus Rüberrhausen durch Fehltritt von der Leiter so unglücklich ab, daß der Arme schon bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus seinen schweren inneren Verletzungen erlag.

Wiesdorf, den 12. November. Die in Nr. 45 der „Baugewerkschaft“ erschienene Berichtigung des Herrn Dr. Frey, hier selbst, zu den von mir in Nr. 42 der „Baugewerkschaft“ dargestellten Vorkommnissen bei Unfällen kann nicht unwidersprochen bleiben. Auf Grund noch mangelhafter genauer Informationen stelle ich hiermit fest, daß meine Darstellung des Sachverhalts der angegebenen beiden Fälle vollständig der Wahrheit entspricht.

oft dergleichen Abstürze die schlimmsten Folgen haben. — Der zweite von mir geschilderte Fall, wo ein Kollege der Stukkateure zu Schaden gekommen war, hat sich ebenfalls genau so zugetragen, wie er in Nr. 42 der „Baugewerkschaft“ geschildert wurde.

Die Zementindustrie befindet sich gegenwärtig in einer sehr günstigen Lage. „Steigender Unternehmergewinn — Verminderter Absatz“, so charakterisiert die „Bauwelt“ die Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres.

„Die Zementindustrie hat anscheinend die starke Depression, die sie der übermäßigen Kapitalzufuhr und dem damit verbundenen zügellosen Konkurrenzkampfe verdankte, im allgemeinen überwunden. In höchster Not haben die Zementhersteller in fast allen Teilen Deutschlands Preiskonventionen und Kartelle zustande gebracht, und damit nicht nur die Grundlage für eine größere Stabilität des Inlandsmarktes geschaffen, sondern auch ihre Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt beträchtlich gesteigert.

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Gesellsch., Aktienkapital in Millionen, Reingewinn resp. Verluste. Data for 1910/11 and 1911/12.

Sowohl die Zahl der verlufterbringenden Gesellschaften wie die Höhe der Gesamtverluste haben im letzten Jahre eine Verminderung erfahren. Der Gewinnertrag ist jedoch recht erheblich gewachsen.

Bücherchau.

Arbeiterfestschenbuch für das Jahr 1913. Herausgegeben von dem Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. 264 Seiten. Preis kartoniert 40 Pf., gebunden in Leinwand 50 Pf., von Vereinen in Partien bezogen billiger.

